

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal, monatlich 1,00 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrirter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,50 Mark pro Quartal, eingetragene in der Post-Bekanntmachung für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für übrige Länder 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verkaufsanzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Emil L. Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. August 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Fideikommission.

Der Finanzminister v. Miquel ist wieder einmal produktiv und gedankenreich. Er geht mit dem Plane um, in Preußen eine neue Gesetzgebung über das Fideikommissionwesen zu schaffen. Nur schade, daß niemand weiß, auf welches Ziel er dabei lossteuert und wo er hinaus will. Befagter Herr ist so vielseitig, er hat in seinem langen politischen Leben so vielen Parteien gedient und die verschiedenartigsten Parteiprogramme vertreten; er hat sich in seiner Jugend im Organisiren von Bauernanstalten bewährt und hat jetzt, im Alter, mit den extremsten agrarischen Forderungen geliebäugelt, — daß nach alle diesem kein Mensch wissen kann, was die Brust des Vizepräsidenten des Staatsministeriums bewegt und von welchen Ideen er geleitet wird, wenn er an die Reform der Gesetzgebung über die Fideikommission herangeht.

Wird er sie im Sinne demokratischer Weltanschauung, mit der sich die künstliche Begünstigung des Erbadeles und aristokratischer Latifundienbesitzer nicht verträgt, hinwegsetzen, wie sie durch die französische Revolution und die nachfolgenden Revolutionen dieses Jahrhunderts schon verschiedene Male hinweggesetzt worden sind? Oder summt er im Sinne liberaler, gemäßigter Anschauungen auf bedächtige Reformen? Will er etwa den Zustand beseitigen, daß die Güter im Weiberstamme nicht weiter erben, sondern, auch wenn der letzte Majoratsherr nur Töchter hat, auf irgend einen entfernten männlichen Verwandten überspringen? Oder will er der Anhäufung allzu großer Fideikommissionbesitzes in einer Hand entgegenwirken? Oder will er die Rechte der nicht begünstigten Angehörigen des Majoratsstammes diesem gegenüber erhöhen, ihnen etwa gesetzliche Abzweigungen aus den Erträgen der Güter verschaffen? Auf welche Weise könnte der sehr gewandte Mann wohl gar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: er könnte wieder einmal „liberal“ sein und sich doch gleichzeitig einen großen Theil des agrarischen und konservativen Publikums verpflichten; denn die nicht begünstigten Kinder der Majoratsherren und sonstige leer ausgehende Familienmitglieder sind mit dem gegenwärtigen Zustand natürlich sehr unzufrieden und würden solche „Reformen“ mit Freuden begrüßen. Daß Herr v. Miquel in gegenwärtiger Zeit besonders scharf das feudale, aristokratische Prinzip betonen werde, dazu darf man ihn doch wohl für zu schlau halten.

Wird er doch im Parlament und sonst in der Öffentlichkeit, auch wenn er beim Anschneiden dieser Frage eine Gastrolle als liberaler Reformator zu geben beabsichtigt, so wie so einen ziemlich schweren Standpunkt haben. Vor einigen hundert Jahren, als die „Herren“ auf dem Lande im wesentlichen nur mit leibeigenen Bauern zu thun hatten, da waren solche Dinge noch leicht zu machen, und da war auch das Regieren leichter. Aber in modernen Parlamenten, durch die doch heute schon überall ein mehr oder weniger fanstler Wind der Opposition zu streichen pflegt, dürfte es eine weit undankbarere Aufgabe sein, plausibel zu machen, wie schön und notwendig es im Staatsinteresse sei, einen großen Theil der für gewöhnliche Sterbliche geltenden Gesetze außer Wirksamkeit zu setzen, zu dem Zweck, den „splendor familiaris“, den Familienglanz, gewisser großgrundbesitzender Erbadelesfamilien zu erhöhen. Die Fideikommissionen haben ja den ausgesprochenen Zweck, große Besitzungen dauernd in derselben Familie zu erhalten, damit die Familie über die Jahrhunderte hinaus in überragender sozialer Stellung, im Besitz großer und sich immer noch vergrößernder Reichthümer und großen politischen Einflusses bleibe. Der ehrgeizige und familienstolze Stifter des Fideikommisses wünscht, daß die Träger seines Namens noch nach Jahrhunderten über die niedrigen Kreaturen herrschen sollen. Darum läßt er seine in der Regel den „gelegten“ Bauern abgenommenen und zu großen Latifundien zusammengehäuften Besitzthümer als „Fideikommiss“ eintragen. Das heißt, die Besitzung darf sich stets nur ungetheilt weiter vererben; der jeweilige Inhaber darf nichts davon verkaufen, darf das Fideikommiss nicht mit Hypotheken belasten; und wenn er dennoch Schulden hat, so kann sich der Gläubiger nicht an den Besitzthümern schadlos halten, die sind unangreifbar. Der kleine Bauer oder der Proletarier der Stadt mag, wenn er nicht zahlen kann, ausgepfändet werden; den „befestigten“ Fideikommissbesitzer des adelstolzen Majoratsstammes schützt der Staat vor dem Gerichtsvollzieher. Mögen doch die plebejischen Pflasterer oder Goldjuden nichts pumpen, dann können sie nichts verlieren! Sonderbarerweise verstehen es die feudalen Herren, diese Anschauungsweise mit dem point d'honneur, dem Ehrenstandpunkt, zu vereinigen.

Daß es trotz alledem aber auch deutsche Gelehrte giebt, die diese aus früheren Zeiten überkommene, aus Adelsstolz, Herrschsucht und struppeloser Raubrittergesinnung geborene Einrichtung zur Befundung der sozialen Verhältnisse unseres Volkes empfehlen, das ist bei deutschen Gelehrten nicht weiter verwunderlich. Schreibt da z. B. ein solcher: „Je mehr überhaupt die Einsicht durchdringt, daß nicht von fortschreitender Zivilisation und Atomisierung, sondern von neuer Gliederung und Bindung der Gesellschaft, das Heil unserer Zukunft abhängt, desto weniger wird man leichten Herzens eine Einrichtung ausstellen, die es hervorragenden Familien ermöglicht, sich in einem der Herrschaft des Einzelwillens entzogenen Besitzthum die vermögensrechtliche Basis eines dauernden Bestandes zu sichern. Unsere deutsche Erfahrung ist wahrlich dazu

angethan, den Werth geschichtlicher Familien, die durch lange Ueberlieferung mit dem staatlichen Leben verwachsen sind, vor aller Augen zu stellen.“

Herr v. Miquel wird sich also, wenn er mit seinem Fideikommiss-Gesetz vor dem preussischen Landtag erscheint, auch auf zustimmende Autoritäten berufen können, was freilich nicht ausschließt, daß ihm von anderer Seite die Hölle recht heiß gemacht wird. — Einstweilen hat die Regierung, um wenigstens das nöthige Material zur Hand zu haben, eine Statistik über die gegenwärtige Zahl, Größe u. d. Fideikommissionen in Preußen zusammenstellen lassen, was damit zum ersten Mal von amtlicher Seite geschieht. Der preussische Staat hat danach gegenwärtig 34 854 542 Hektar Gesamtfläche, wovon 2 121 636 fideikommissarisch gebunden sind, das macht etwas über 6 pCt. Den größten Fideikommissionbesitz haben die Provinzen Schlesien, Brandenburg, Pommern, Posen, während den schwächsten das Rheinland, Hessen-Nassau und Hannover hat. Die höchsten Prozentsätze des Fideikommissionbesitzes im Verhältnis zur Gesamtfläche finden wir in folgenden Kreisen: Mührungen im Regierungsbezirk Königsberg 20 pCt.; Rosenberg, Reg.-Bez. Marienwerder 22 pCt.; Templin, Reg.-Bez. Potsdam 21 pCt.; Lübben, Reg.-Bez. Frankfurt an der Oder 21 pCt.; Mügen 29 pCt.; Stadtkreis Straßburg 24 pCt.; im Reg.-Bez. Posen Bissa 22 pCt., Protoschin 28 pCt., Adelnau 41 pCt.; im Reg.-Bez. Breslau Gr. Wartenberg 32 pCt., Dels 23 pCt., Militz 43 pCt., Reichenbach 28 pCt., Waldenburg 29 pCt.; im Reg.-Bez. Liegnitz Freistadt 25 pCt., Sagan 22 pCt., Sprottau 32 pCt., Hirschberg 35 pCt.; im Reg.-Bez. Oppeln Rosenberg 24 pCt., Lublinz 32 pCt., Tost-Gleiwitz 32 pCt., Tarnowitz 42 pCt., Pleß 40 pCt., Ratibor 24 pCt., Kofel 31 pCt.; Reg.-Bez. Magdeburg Wernigerohe 57 pCt.; Reg.-Bez. Merseburg Sangerhausen 28 pCt.; Reg.-Bez. Schleswig Oldenburg 33 pCt., Plön 43 pCt.; Herzogthum Lauenburg 19 pCt.; Reg.-Bez. Silberstein 31 pCt.; Reg.-Bez. Arnberg Wittgenstein 53 pCt.

Das sind ja recht anständige Zahlen!

Auf die Bewirthschaftungsweise dieser Latifundien wirft es ein bezeichnendes Licht, daß — während sich auf der Gesamtfläche des Staates nur 23 pCt. Wald befinden, von der gesammten Fideikommissionfläche 45 pCt. Wald waren. Die Herren können ihren fürstlichen und hochgräflichen Neigungen nach Treibjagden und Pirschgängen im eigenen Revier dieses Opfer bringen; denn sie waren, trotz ihres hohen Waldbestandes, mit 26 Millionen Mark Grundsteuer-Neuertrag eingeschätzt, das machte 5,80 pCt. vom Grundsteuer-Neuertrag der Monarchie.

Der Zahl und Größe nach sehen sich die Fideikommissionen folgendermaßen zusammen: Es gab

unter 100 ha	94 Fideikommissionen mit	4 150 ha Fläche	= 0,20 pCt.
100—200	61	8 650	= 0,41
200—500	188	64 209	= 3,03
500—1000	221	160 892	= 7,59
1000—2000	218	816 109	= 14,90
2000—5000	174	528 579	= 24,92
5000—10000	60	421 424	= 19,87
über 10000	29	617 859	= 29,10
zusammen 1045 Fideikommissionen mit		2 121 636 ha Fläche	= 100 pCt.

Diese 1045 Fideikommissionen vertheilten sich auf 989 Besitzer, so daß eine ganze Anzahl von diesen im Besitze mehrerer Fideikommissionen waren. Von den Besitzern waren

aus regierenden Häusern	28 mit	204 077 Hektar Fläche
deutsche Standesherrn	41	326 844
aus fürstlichen Häusern	20	229 761
Grafen	240	733 866
sonstiger Adel	325	589 048
Bürgerliche	90	37 821

Was die Zeit der Gründung dieser Fideikommissionen betrifft, so waren von den 1045 geäußerten 519 bereits im Jahre 1850 Fideikommissionen und stammen zum Theil aus früheren Jahrhunderten, zum Theil aus der ersten Hälfte des laufenden Jahrhunderts; 526 Fideikommissionen mit 818 367 Hektar Fläche sind nach 1850 gegründet worden, wie solche ja auch gegenwärtig noch gegründet werden. Die vor 1850 gegründeten Fideikommissionen sind heute also durchschnittlich größer, als die später gegründeten. Das ist jedoch sehr erklärlich, da früher erstens das Bauernlegen leichter war, als heutzutage, und da sich zweitens die Fideikommissionen im Laufe der Zeit zwar zu vergrößern, aber, insofern der Verkauf- und Pfändungshindernisse, nur selten zu verkleinern pflegen.

Das wären so die Hauptzahlen. Wir verweisen darauf, daß Betriebe von 100 Hektar = 400 preussische Morgen schon unbestritten zum Großgrundbesitz gehören, daß von den Fideikommissionen aber 89 pCt. Betriebe mit mehr als 1000 Hektar = 4000 preussische Morgen sind! Die 29 größten Fideikommissionen umfassen beinahe den dritten Theil der ganzen Fideikommissionfläche! Bei der Ansammlung so riesenhafter Besitzthümer in der Hand verhältnismäßig weniger Familien würde es uns doch — wenigstens wenn wir die Sache vom Standpunkt der herrschenden Klasse und der Regierung betrachten wollen — als eine außerordentlich kurzfristige Politik erscheinen, wenn man dieses Fideikommissionwesen irgendwie begünstigen wollte. Es ist so wie so schon der Fluch der herrschenden Gesellschaft, daß die Reichthümer sich konzentriren. Und diese Entwicklung sollte man noch begünstigen wollen, trotzdem man weiß, daß gerade durch die Konzentration der Vermögen ein klassenbewußtes und kampfbereites Proletariat

geschaffen worden ist? Man motivirt die Begünstigung einer reichen Grundaristokratie damit, daß deren Angehörigen durch die Sicherheit ihrer Existenz es ermöglicht werde, sich den idealen Interessen der Gesamtheit zu widmen, — und doch ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß unter den Männern, die an der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches hervorragenden Antheil genommen haben, auch nicht einer war, der in einem Familien-Fideikommiss eine Stütze gehabt hätte! Man will den „Schutz der nationalen Arbeit“ und man protegirt das arbeitslose Auswuchs von Fideikommissionen? Man will die Erhaltung und Hebung des Mittelstandes und man begünstigt dessen Auslaugung und Proletarisirung?

Nun, wir wollen abwarten, wie die Regierung über diese Konsequenzen einer Begünstigung des Fideikommissionwesens denkt. — Es erübrigt noch ein Wort über unsere eigene Stellung zu der Sache. Wir glauben, das Proletariat kann der Gründung und event. Begünstigung von Fideikommissionen mit einem gewissen Gleichmuth zusehen, wenn wir nicht gar Veranlassung haben sollten, uns im Stillen darüber zu freuen. Wir meinen, je schneller der Auffaugungsprozess vor sich geht, desto schneller und in um so stärkeren Schichtordnungen sammelt sich auch das Proletariat, — auch das ländliche. Und wenn das Proletariat gereinigt ist und weiß, was es will und was ihm kommt: dann wird ja die Stunde der Majoratsherren bald geschlagen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 3. August.

Die Katastrophe, welche durch Vollenbrücke und Ueberfluthungen über weite Landstrecken Deutschlands und Oesterreichs heringebracht ist, hat einen viel größeren Umfang, als selbst nach den ungünstigsten Berichten, noch gestern angenommen wurde. Eine ähnliche Katastrophe weiß die deutsche Geschichte nicht zu verzeichnen. Hunderte von Menschenleben sind verloren gegangen, hunderttausend von Menschen sind zu Grunde gerichtet, fruchtbare Provinzen zum Theil in Wüsteneien verwandelt worden.

Zuwiefern durch mangelhafte Beforstung und Flußregulirung die Katastrophe verschuldet worden ist, davon sei jetzt nicht die Rede. Das Unglück ist da, und den Opfern muß geholfen werden. Und zur Hilfe bereitet man sich überall in Privatkreisen vor und Sammel-Komitees haben sich gebildet, denen schon beträchtliche Summen zugeflossen sind.

Wir zweifeln nicht, daß die Sammlungen einen namhaften Betrag ergeben werden. Allein auch der größte Beitrag, der von der Privatthätigkeit zu erwarten ist, genügt nicht entfernt. Hier muß der Staat eintreten. Und da es eine Katastrophe ist, die das ganze Reich in Mitleidenschaft zieht, so ist es Sache des Reichs, angemessene Hilfe zu geben, rasche, wirksame, ausreichende Hilfe.

Als vor einigen Jahren in Frankreich eine Ueberfluthungskatastrophe eintrat, die mit der gegenwärtigen an Umfang nicht annähernd zu vergleichen ist, bewilligte die Kammer sofort sieben Millionen Frank, denen eine weitere Bewilligung folgte.

Der Reichstag ist augenblicklich nicht versammelt. Gut, man berufe ihn zu einer außerordentlichen Session zusammen. Der Fall ist hundertmal dringender, als seinerzeit der spanische Handelsvertrag, der zu einer besonderen Session führte.

Das Reich ist doch nicht bloß zum Nehmen da. —

Die Friedensverhandlungen dauern noch immer fort, an Nachrichten fehlt es nicht, aber die Nachricht fehlt noch immer, daß der Friede abgeschlossen ist.

Im englischen Oberhause erklärte Lord Salisbury, zur Entschuldigungsverzögerungen bei den griechisch-türkischen Friedensverhandlungen sei vielerlei anzuführen. Wenn es sich nur um ein Arrangement zwischen dem Sieger und dem Besiegten handeln würde, so wäre ein solches wahrscheinlich schon abgeschlossen. Da aber das von der Türkei eroberte Gebiet Griechenland durch ein internationales Abkommen zugewiesen worden sei, so hätten auch andere Mächte außer Griechenland mitzusprechen. Es handle sich darum, die Nichtrückgabe Thessaliens an die Türkei mit dem Rechte des Sultans auf Sicherstellung gegen Einsätze in Einklang zu bringen. Er, Redner, glaube, daß man jetzt dahin gekommen sei, daß der Sultan eingewilligt habe, die strategische Linie anzunehmen und Thessalien an Griechenland zurückzugeben; es bleibe nur noch das Recht der Türkei auf eine Entschädigung; die Zahlung dieser Entschädigung durch Griechenland sei mit vielen Schwierigkeiten verknüpft. Die türkische Regierung habe vorgeschlagen, daß strategische Punkte besetzt gehalten werden sollen, bis die Entschädigung gezahlt sei. Er könne noch nicht sagen, welches die Entscheidung der Mächte sein werde, die Sache sei gewissermaßen noch Gegenstand einer Kontroverse. Dazu komme die schwierige Frage der deutschen Bondsindhaber. Er glaube nicht, daß Europa die internationale Pflicht obliege, für Bezahlung der deutschen Bondsindhaber Sorge zu tragen, aber so lange die deutschen Bondsindhaber nicht bezahlt seien, werde der Kredit Griechenlands auf dem europäischen Markte ein äußerst geringer sein. Eine Kontrolle der griechischen Einnahmeverhältnisse werde unvermeidlich sein, falls Geld zur Bezahlung gerechter Ansprüche an Griechenland zu beschaffen sei. Die Unterhandlungen in dieser Richtung seien noch nicht weit vorgeschritten und könnten noch Ursache einer bedeutenden Verzögerung sein, er glaube aber, daß ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stehe. Daß Areta betreffe, so hätten die Mächte allgemein das Gefühl, daß es unthunlich sei, definitive Arrangements zu treffen, bis die wichtigere Frage des Friedensschlusses zwischen Griechenland und der Türkei geregelt sei.

Die „Allg. Ztg.“ berichtet aus Konstantinopel, man beschränke

bei der Nahrungfrage Schwierigkeiten der Türken, die Theorien bis zur Bewusstseins räumen sollen, aber Voto beschließen wollen, wo die Hölle gute Einnahmen gewährt. Auch die Kapitulationsfrage sei noch nicht definitiv gelöst.

Die Finanzkontrolle, die Deutschland Griechenland aufzubringen beabsichtigt, erregt in Athen selbstverständlich die Gemüther. Von dort liegen heute folgende telegraphische Meldungen vor:

Der Minister des Aeußeren überreichte den Vertretern der Großmächte eine Protestnote gegen die angeblich beschlossene internationale Finanzkontrolle. In der Note wird hervorgehoben, daß der geplante Eingriff in die Hebelrechte Griechenlands schwere innere Verwicklungen herbeiführen würde.

In einer gestern Abend abgehaltenen großen Volksversammlung wurde beschlossen, den König zum energischen Widerstand gegen die Finanzkontrolle aufzufordern, eventuell den Krieg bis zum Äußersten fortzuführen.

Von den übrigen Meldungen ist noch erwähnenswert, daß eine türkische Flottendivision Befehl zur Abfahrt nach Kausen erhalten hat.

Sollte die türkische Regierung es auf einen Zusammenstoß mit den Flotten der Großmächte ankommen lassen wollen?

Es wäre falsch, die Situation allzu friedlich aufzufassen. Bei der Unmasse Jüdischer in der Türkei und ihren Nachbarn läßt sich bei aller Friedensliebe der Großmächte leicht noch zu einem neuen Konflikt kommen.

Die Lage in Indien hat sich für die Engländer eher verschlimmert als verbessert. Die Strafexpedition gegen die nordwestlichen Grenzgebiete hat sich zu einem richtigen Krieg entwickelt, der allerdings zweifellos mit dem Sieg der Engländer und mit der momentanen Unterwerfung dieser Grenzgebiete endet, aber auch die Saat für neue Anstände ausstreut. Und ist auch jetzt noch nicht daran zu denken, daß die Russen, wie es in französischen Blättern heißt, eine namhafte Truppenmacht nach Indien schicken, so ist die Lage doch bedrohlich genug. Wie ernst sie von den Engländern aufgefaßt wird, erhellt aus den jüngsten Verfügungen einflussreicher Eingeborener. In einem solchen Schritt, der die weitesten Kreise in Aufregung bringt, entschließt man sich nur in Momenten der Gefahr. Aus den mündlichen Mittheilungen der Witwe des in Punjab getödteten Hientants Kureh, die vorigen Sonnabend in England ankam, sowie aus den Berichten anderer Passagiere des letzten Postschiffes aus Indien geht hervor, daß die Erbitterung unter der eingeborenen Bevölkerung allgemein und daß die Stimmung eine ähnliche ist, wie 1857 vor Ausbruch des großen Aufstandes. Unzweifelhaft ist eine „große Verschwörung“ im Gange, an welcher Muhammedaner und Hindus gleichmäßig theilnehmen, und in welche einzubringen den Engländern noch nicht gelungen ist. Die 40 000 Rupeen, die auf die Entdeckung der Punjab-Norde gefest wurden, sind nicht verdient. Das ist vielleicht das bedeutendste aller Symptome. Es beweist, daß die Massen, wenn nicht in, doch mit der Verschwörung sind, wenn anders der Entschluß eines Volkes, die Fremdherrschaft zu brechen, eine Verschwörung genannt werden kann.

Welcher Art diese Fremdherrschaft ist, das wird ein Artikel zeigen, den Genosse Hundmann für eine der nächsten Nummern des „Vorwärts“ geschrieben hat und der seinen letzten von uns veröffentlichten Artikel ergänzt.

Deutsches Reich.

Die Ernennung des Exministers v. Müller zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein soll nach der „Straßburger Post“ am 31. Juli erfolgt sein. Im „Reichs-Anzeiger“ ist sie noch nicht publiziert.

Keine Staffeltarife. Nach verschiedenen Blättermeldungen sollte die allgemeine Einführung von Staffeltarifen beabsichtigt sein; es wurde behauptet, daß die ostelbischen Landwirtschaftskammern in diesem Sinne offiziell benachrichtigt worden wären. Im Bereiche der preussischen Staatsbahnverwaltung ist jedoch nach dem „Berl. Tel.“ von derartigen Plänen nichts bekannt.

Zur Beurtheilung unserer künftigen Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten bietet nicht uninteressantes Material eine Korrespondenz der in St. Louis erscheinenden „Westlichen Post“ aus Washington. Wir lassen dieselbe folgen:

Die Ernennung des bisherigen hiesigen Gesandten Deutschlands zum Sekretär des deutschen Schahamts ist ohne Frage von ganz spezieller Wichtigkeit für die Vereinigten Staaten. Baron Zhielmann hat im Umlaufe mit verschiedenen seiner hiesigen Bekannten wiederholt „die Befürchtung“ ausgesprochen, daß die Annahme der Dinglerbill, ob in ihrer ursprünglichen oder in der ihr vom Senate gegebenen Form, zu Vergeltungsmassregeln seitens der deutschen Regierung führen möge. Ferner ist gewiß, daß der Baron seiner Regierung empfohlen hat, ihren Protest gegen den neuen Tarif zu erheben und andere Regierungen zu veranlassen, dasselbe zu thun. Aus diesem sowie aus anderen Umständen, die hier nicht erwähnt werden können, entnehme ich, daß Baron Zhielmann auf unsern neuen Tarif mit neuen und schärferen Diskriminationen als den bisherigen gegen unsere Waaren und Produkte antworten wird, in anderen Worten, daß er einen Tarifkrieg einleiten will. Man sollte meinen, Deutschland werde nie eine solche Politik einschlagen, da dieselbe schließlich doch nur zu seinen Ungunsten ausfallen könnte. Da in gewissen Kreisen vorherrschende Annahme, Baron Zhielmann werde versuchen, die Wirkungen unseres Tarifs durch einen mit unserer Regierung abzuschließenden Gegenseitigkeitsvertrag abzuschwächen und damit unsere Märkte dem deutschen Handel zu öffnen, ist nicht begründet; Herr Zhielmann hat deutlich genug erkennen lassen, daß er sich von einem Negiprotizitätsvertrage, wenn solcher überhaupt abgeschlossen werden könnte, nichts verspricht. Wahrscheinlich werden wir nach der Annahme unserer Tariffbill nicht lange auf die deutsche Kriegserklärung zu warten brauchen, und ihr werden sicherlich andere folgen. In welcher Form will aber die deutsche Regierung ihre Retaliation (Wiedervergeltung) leiden? Ausnahmestöße kann sie unter dem bestehenden Handelsvertrage nicht gegen uns anwenden und der einzige Weg, auf dem uns belästigen, ist eine Erhöhung der deutschen Zölle auf Waaren und Produkte, die von hier nach dort verkauft werden, also vornehmlich Fleisch und Brodstoffe, während Gegenseitigkeitsverträge mit Rußland und Oesterreich der Einfuhr derselben Produkte aus diesen Ländern die bestehenden Zölle weiter gewähren würden. Auch würden wahrscheinlich alle amerikanischen Thiere, Fleisch und Fleischprodukte unter dem Vorwande der Gesundheitschädlichkeit verboten werden, möglichweise auch Brodstoffe und andere Artikel, wie Herr Baron Zhielmann gelegentlich seines Protestes andeutete.

Solche Massregeln der deutschen Regierung könnten selbstverständlich nicht mißachtet werden, und wir würden den uns hingeworfenen Handich schnell aufnehmen. Daß wir gefälschte Weine, salzsaurehaltiges Bier und gefälschte Fleischprodukte von Deutschland erhalten, ist bekannt und würde, berechtigt, die Einfuhr aller solcher Artikel sofort zu verbieten. Den Zoll anfallen Zucker zu erheben, für dessen Herstellung und Exportation eine Bounty (Ausfuhrprämie) bezahlt wird, wäre eine Leichtfertigkeit und würde dadurch Deutschland empfindlich geschädigt werden. Kurzum, es würde uns auch nicht an Waffen gegen unsere Feinde fehlen, und schließlich würden, aller Voraussicht nach, diese schlimmer dabei fahren, als wir. Doch alle Kriege kosten viel Geld, Landkriege auch, und so wollen wir hoffen, daß die deutsche Regierung keinen anfängt. — Baron Zhielmann, der bekanntlich keine Parteistellung eingenommen und von Konfessionen und Agrariern wie von Liberalen als einer der Ihrigen beansprucht wird, scheint in der That zwischen den Parteien stehen zu wollen, um je nach Ver-

tragen, zu Rektoren ernannt wurden. Die Angriffe Stumm's scheinen allen Angegriffenen nur zum Vortheil zu gereichen. —

Revanche für Stumm. Nachdem Amtsgerichtsrath Dr. Reinhold, der den Schmolzer und Wagner ein Gegengewicht in der sozialpolitischen Unterweisung der studierenden Jugend an der Berliner Universität werden sollte, so wenig den Erwartungen des Scharfmachers an der Saar entsprochen hat, soll ihnen nun große Freude werden. Der be-kannte Sozialistenführer Dr. Julius Wolf in Zürich soll von dem so stark in der „Post“ und ähnlichen von König Stumm fontenierten Organen angegriffenen Unterrichtsminister Hoffe über die Ruppe der Fakultät nach Greifswalde als ordentlicher Professor berufen worden sein.

Sollte sich die Nachricht bestätigen, so londonlich auch der Greifswalder Studenten. Herr v. Stumm wird freilich wie über die Wirkungen der Wolf'schen Beirtheiligkeit enttäuscht sein. —

Neuwaahlen zum Landtage von Sachsen-Meiningen sind ausgefallen. —

Vertha, 8. August. (Fig. Ver.) Landtag. Bis jetzt hat der Konflikt folgenden Verlauf genommen: Die vereinigte Finanz- und Rechtskommission beschloß einstimmig, nicht eher in die Beratung des Etats einzutreten, bis von dem Ministerium eine den Landtag befriedigende Antwort eingegangen sei. Wesentlich steifte einem Theil der Herren Landboten das Rückgrat die Drohung der Sozialdemokraten, daß sie den Landtag verlassen würden, wenn die Angelegenheit nicht eine im Interesse des Landes und der Waldbewohner entsprechende Erledigung finde.

Die Regierung ersuchte den Landtag, eine Konferenz mit dem in Koburg weilenden Herzog abzuwarten, welchem Vorschlage der Landtag zustimmte, die Beratung des Etats aber bis gestern Montag aussetzte.

In der gestern vor der Plenarsitzung wiederholt stattgefundenen vereinigten Kommissionsberatung brachte der Vorsitzende den Inhalt einer Depesche zur Kenntniß, nach welcher der Herzog wünscht, daß „so weit möglich“ dem Verlangen des Landtages, die zahlenmäßige Feststellung des Bilanostandes, bis Dienstag, den 8. d. Mts., nachgekommen werden solle. Die Kommission ging auf diese Zusage ein und legte noch Verwahrung gegen jedwede die Befugnisse und Rechte des Landtages beeinträchtigende Auslegung ein und empfahl, die Staatsberatung fortzusetzen, aber nicht eher zu beenden, bis die definitive Antwort eingegangen ist.

Soeben ging die Antwort des Herzogs ein, die zwar die gewünschte Zahl des Bilanostandes enthält — dieselbe beträgt schätzungsweise 3500 Stück Hochwild — in welcher sich der Herzog auf Grund des Domänenabkommens das Jagdrecht ohne Kontrolle des Landtages vorbehält. Der Landtag erneuert seinen obigen Beschluß.

Da der Staat unzweifelhaft das Recht, über die Bewirtschaftung des Waldes Kontrolle zu üben, sonst könnte das Wild auch den letzten Rest von Wald und damit die Einkünfte des Staates vernichten. Gestern haile der Abgeordnete Genosse Deumer ein Stück eines jungen von Hirschen vernichteten Fichtenstammes auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Der Konflikt zwischen Landtag und Regierung dürfte bis zur Erledigung noch heisse Kämpfe erfordern. —

Bei den reichsständischen Bezirksstagswahlen erhielt im Rauton Gebweiler Genosse Buscher 798 Stimmen. —

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. In Kattowich wurde die Prostituirte Mata Bomba wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft genommen.

Wegen Majestätsbeleidigung in drei Fällen war vor der Strafkammer in Königsberg der Kaufmann Turner aus Poppelien angeklagt. Die Verhandlungen, um die es sich handelte, soll der Angeklagte bereits Ende Dezember 1895 oder Januar 1896 in seinem Geschäftslokale gethan haben. Als er nun in diesem Jahre in Streit mit einem Kunden gerieth, brachte ihm dieser mit der Anzeige wegen Majestätsbeleidigung und führte die Denunziation auch aus, indem er gleichzeitig zwei andere Zeugen angab, die ebenfalls die Verhandlungen gehört haben sollten. Drei Zeugen bekundeten denn auch in der That vor Gericht, daß Turner in seinem Geschäftslokale verschiedene unehrerbliche Aeußerungen gegen das Staatsoberhaupt gethan hätte, merkwürdigerweise aber nicht die einzelnen Ausfagen Rats von einander ab, auch konnte von keinem der Zeugen ein bestimmter Zeitpunkt angegeben werden, während eine ganze Reihe von Entlassungszeugen, die nach Angabe des Denunzianten ebenfalls während jener Verhandlungen dabei gewesen sein sollten, mit Uebereinstimmung und Entschiedenheit erklärten, daß sie derartige Worte aus dem Angeklagten Munde niemals vernommen hätten. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten nach kurzer Beratung frei. —

Das System Podbielsky dürfte sich bezüglich der Aufregung der organisierten Postbeamten sicherlich nicht günstig vom Solten Stephan unterscheiden. In Nr. 15 der „Deutschen Postzeitung“ — der wir die Verantwortung für ihre Angaben vorab überlassen müssen — werden neuerdings Maßregelungen von Mitglidern des Postassistenten-Verbandes durch den Herrn Postrath Mannich aus Darmstadt geschildert. Vorgenannte Zeitung schreibt u. a.:

Herr Postrath Mannich eröfnete denjenigen Mitglidern, welche auf der Ober-Postdirektion beschäftigt waren, daß sie sämmtlich binnen kurzem verkehrt würden, wenn sie nicht aus dem Verbands ausschließen würden; denn, so sagte der Herr Postrath, Leute, welche dem Verbands angehören, sind nicht würdig, in diesen Vertrauensstellungen bei der Ober-Postdirektion zu bleiben.

Sofort wurden denn auch drei Mitglidern verkehrt, unter denen sich auch der erste Schriftführer befand. Einige Tage später wurden noch sechs Mitglidern wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands vernommen und aufgefordert, aus dem Verbands auszutreten. Herr Postrath Mannich äußerte bei dieser Gelegenheit, daß er im Verwaltungswege nichts gegen den Verband unternehmen würde; er falls die Sache persönlich auf, er verhandele hier nur mit den Mitglidern des Ortsvereins als Privatmann und wolle nicht hoffen, daß er das, was er sage, in einer der nächsten Nummern des Verbands-Organes lesen müsse. Immerhin sollten die Herren sich nicht wundern, wenn sie einmal von Zeit zu Zeit verkehrt werden würden. Bis jetzt hat nur zwei von den sechs vernommenen Herren das Schicksal erlitten; beide haben ihre Vernehmung von Darmstadt erhalten, weil sie angeblich Vertrauensstellungen bei der Ober-Postdirektion inne hatten; der eine war in der Registratur, der andere in der Kanzlei beschäftigt. Dem in der Registratur beschäftigt gewesenen Kollegen, Postassistenten Haag, wurde von dem Herrn Postrath Mannich eröfnet, daß er dem Verbands den Rücken zu kehren habe, andernfalls er seine Vernehmung gewärtigen müsse. Es wurde ihm eine Bedenkzeit von einem Tag gegeben. Haag erklärte nach Ablauf dieser Frist seine weitere Zugehörigkeit zum Verbands und wurde deshalb von Herrn Postrath Mannich in Gegenwart von Beamten und Unterbeamten mit den Worten: „Dann verlassen Sie sofort die Registratur, Sie sind nicht würdig, hier weiter beschäftigt zu werden, melden Sie sich in der Kanzlei, wo Sie vorläufig weiter beschäftigt werden“, aus der Registratur entlassen. Einen Tag später wurde Haag von Darmstadt verkehrt.

Wir fürchten, daß der neue Staatssekretär Herr Postrath Mannich nicht bedauern wird, falls sich die Wichtigkeit dieser Darstellung herausstellen sollte. —

Der Feldzug gegen die Kathedersozialisten bringt den Angegriffenen eine Enttäuschung nach der anderen. Selbst die Berliner Universität, deren Lehrer durch Geldenbästigkeit wahrlich nicht hervorleuchten, ließ sich durch die Angriffe der Stumm und Genossen gegen die — preussische Rechtsfreiheit an unseren Universitäten nicht einschüchtern. Nach den ersten Angriffen hat sogar Treitschke gegen diese Uebersetzung der Geldsacke und deren Einmischung in Fragen der Wissenschaft protestirt, und damals wählte die Berliner Universität zu ihrem Rektor den von Stumm am meisten angegriffenen Universitätslehrer Adolf Wagner. Stumm ließ sich aber nicht irre machen, er führte mit vermehrter Energie persönlich und durch seine parlamentarischen und unparlamentarischen Handlanger den Kampf gegen die Rechtsfreiheit an den Universitäten weiter. Nun hat gestern die Universität auf die höchste Ehrenstufe, die sie zu vergeben hat, den nächst Wagner am meisten angegriffenen Lehrer, Schmolzer, berufen und damit einen in der Geschichte der verpöhten Universitäten noch nicht dagewesenen Fall geschaffen, daß in drei Jahren zwei Universitätslehrer, die das gleiche Fach vor-

tragen, zu Rektoren ernannt wurden. Die Angriffe Stumm's scheinen allen Angegriffenen nur zum Vortheil zu gereichen. —

Revanche für Stumm. Nachdem Amtsgerichtsrath Dr. Reinhold, der den Schmolzer und Wagner ein Gegengewicht in der sozialpolitischen Unterweisung der studierenden Jugend an der Berliner Universität werden sollte, so wenig den Erwartungen des Scharfmachers an der Saar entsprochen hat, soll ihnen nun große Freude werden. Der be-kannte Sozialistenführer Dr. Julius Wolf in Zürich soll von dem so stark in der „Post“ und ähnlichen von König Stumm fontenierten Organen angegriffenen Unterrichtsminister Hoffe über die Ruppe der Fakultät nach Greifswalde als ordentlicher Professor berufen worden sein.

Sollte sich die Nachricht bestätigen, so londonlich auch der Greifswalder Studenten. Herr v. Stumm wird freilich wie über die Wirkungen der Wolf'schen Beirtheiligkeit enttäuscht sein. —

Neuwaahlen zum Landtage von Sachsen-Meiningen sind ausgefallen. —

Vertha, 8. August. (Fig. Ver.) Landtag. Bis jetzt hat der Konflikt folgenden Verlauf genommen: Die vereinigte Finanz- und Rechtskommission beschloß einstimmig, nicht eher in die Beratung des Etats einzutreten, bis von dem Ministerium eine den Landtag befriedigende Antwort eingegangen sei. Wesentlich steifte einem Theil der Herren Landboten das Rückgrat die Drohung der Sozialdemokraten, daß sie den Landtag verlassen würden, wenn die Angelegenheit nicht eine im Interesse des Landes und der Waldbewohner entsprechende Erledigung finde.

Die Regierung ersuchte den Landtag, eine Konferenz mit dem in Koburg weilenden Herzog abzuwarten, welchem Vorschlage der Landtag zustimmte, die Beratung des Etats aber bis gestern Montag aussetzte.

In der gestern vor der Plenarsitzung wiederholt stattgefundenen vereinigten Kommissionsberatung brachte der Vorsitzende den Inhalt einer Depesche zur Kenntniß, nach welcher der Herzog wünscht, daß „so weit möglich“ dem Verlangen des Landtages, die zahlenmäßige Feststellung des Bilanostandes, bis Dienstag, den 8. d. Mts., nachgekommen werden solle. Die Kommission ging auf diese Zusage ein und legte noch Verwahrung gegen jedwede die Befugnisse und Rechte des Landtages beeinträchtigende Auslegung ein und empfahl, die Staatsberatung fortzusetzen, aber nicht eher zu beenden, bis die definitive Antwort eingegangen ist.

Soeben ging die Antwort des Herzogs ein, die zwar die gewünschte Zahl des Bilanostandes enthält — dieselbe beträgt schätzungsweise 3500 Stück Hochwild — in welcher sich der Herzog auf Grund des Domänenabkommens das Jagdrecht ohne Kontrolle des Landtages vorbehält. Der Landtag erneuert seinen obigen Beschluß.

Da der Staat unzweifelhaft das Recht, über die Bewirtschaftung des Waldes Kontrolle zu üben, sonst könnte das Wild auch den letzten Rest von Wald und damit die Einkünfte des Staates vernichten. Gestern haile der Abgeordnete Genosse Deumer ein Stück eines jungen von Hirschen vernichteten Fichtenstammes auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Der Konflikt zwischen Landtag und Regierung dürfte bis zur Erledigung noch heisse Kämpfe erfordern. —

Bei den reichsständischen Bezirksstagswahlen erhielt im Rauton Gebweiler Genosse Buscher 798 Stimmen. —

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. In Kattowich wurde die Prostituirte Mata Bomba wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft genommen.

Wegen Majestätsbeleidigung in drei Fällen war vor der Strafkammer in Königsberg der Kaufmann Turner aus Poppelien angeklagt. Die Verhandlungen, um die es sich handelte, soll der Angeklagte bereits Ende Dezember 1895 oder Januar 1896 in seinem Geschäftslokale gethan haben. Als er nun in diesem Jahre in Streit mit einem Kunden gerieth, brachte ihm dieser mit der Anzeige wegen Majestätsbeleidigung und führte die Denunziation auch aus, indem er gleichzeitig zwei andere Zeugen angab, die ebenfalls die Verhandlungen gehört haben sollten. Drei Zeugen bekundeten denn auch in der That vor Gericht, daß Turner in seinem Geschäftslokale verschiedene unehrerbliche Aeußerungen gegen das Staatsoberhaupt gethan hätte, merkwürdigerweise aber nicht die einzelnen Ausfagen Rats von einander ab, auch konnte von keinem der Zeugen ein bestimmter Zeitpunkt angegeben werden, während eine ganze Reihe von Entlassungszeugen, die nach Angabe des Denunzianten ebenfalls während jener Verhandlungen dabei gewesen sein sollten, mit Uebereinstimmung und Entschiedenheit erklärten, daß sie derartige Worte aus dem Angeklagten Munde niemals vernommen hätten. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten nach kurzer Beratung frei. —

Das System Podbielsky dürfte sich bezüglich der Aufregung der organisierten Postbeamten sicherlich nicht günstig vom Solten Stephan unterscheiden. In Nr. 15 der „Deutschen Postzeitung“ — der wir die Verantwortung für ihre Angaben vorab überlassen müssen — werden neuerdings Maßregelungen von Mitglidern des Postassistenten-Verbandes durch den Herrn Postrath Mannich aus Darmstadt geschildert. Vorgenannte Zeitung schreibt u. a.:

Herr Postrath Mannich eröfnete denjenigen Mitglidern, welche auf der Ober-Postdirektion beschäftigt waren, daß sie sämmtlich binnen kurzem verkehrt würden, wenn sie nicht aus dem Verbands ausschließen würden; denn, so sagte der Herr Postrath, Leute, welche dem Verbands angehören, sind nicht würdig, in diesen Vertrauensstellungen bei der Ober-Postdirektion zu bleiben.

Sofort wurden denn auch drei Mitglidern verkehrt, unter denen sich auch der erste Schriftführer befand. Einige Tage später wurden noch sechs Mitglidern wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands vernommen und aufgefordert, aus dem Verbands auszutreten. Herr Postrath Mannich äußerte bei dieser Gelegenheit, daß er im Verwaltungswege nichts gegen den Verband unternehmen würde; er falls die Sache persönlich auf, er verhandele hier nur mit den Mitglidern des Ortsvereins als Privatmann und wolle nicht hoffen, daß er das, was er sage, in einer der nächsten Nummern des Verbands-Organes lesen müsse. Immerhin sollten die Herren sich nicht wundern, wenn sie einmal von Zeit zu Zeit verkehrt werden würden. Bis jetzt hat nur zwei von den sechs vernommenen Herren das Schicksal erlitten; beide haben ihre Vernehmung von Darmstadt erhalten, weil sie angeblich Vertrauensstellungen bei der Ober-Postdirektion inne hatten; der eine war in der Registratur, der andere in der Kanzlei beschäftigt. Dem in der Registratur beschäftigt gewesenen Kollegen, Postassistenten Haag, wurde von dem Herrn Postrath Mannich eröfnet, daß er dem Verbands den Rücken zu kehren habe, andernfalls er seine Vernehmung gewärtigen müsse. Es wurde ihm eine Bedenkzeit von einem Tag gegeben. Haag erklärte nach Ablauf dieser Frist seine weitere Zugehörigkeit zum Verbands und wurde deshalb von Herrn Postrath Mannich in Gegenwart von Beamten und Unterbeamten mit den Worten: „Dann verlassen Sie sofort die Registratur, Sie sind nicht würdig, hier weiter beschäftigt zu werden, melden Sie sich in der Kanzlei, wo Sie vorläufig weiter beschäftigt werden“, aus der Registratur entlassen. Einen Tag später wurde Haag von Darmstadt verkehrt.

Wir fürchten, daß der neue Staatssekretär Herr Postrath Mannich nicht bedauern wird, falls sich die Wichtigkeit dieser Darstellung herausstellen sollte. —

Der Feldzug gegen die Kathedersozialisten bringt den Angegriffenen eine Enttäuschung nach der anderen. Selbst die Berliner Universität, deren Lehrer durch Geldenbästigkeit wahrlich nicht hervorleuchten, ließ sich durch die Angriffe der Stumm und Genossen gegen die — preussische Rechtsfreiheit an unseren Universitäten nicht einschüchtern. Nach den ersten Angriffen hat sogar Treitschke gegen diese Uebersetzung der Geldsacke und deren Einmischung in Fragen der Wissenschaft protestirt, und damals wählte die Berliner Universität zu ihrem Rektor den von Stumm am meisten angegriffenen Universitätslehrer Adolf Wagner. Stumm ließ sich aber nicht irre machen, er führte mit vermehrter Energie persönlich und durch seine parlamentarischen und unparlamentarischen Handlanger den Kampf gegen die Rechtsfreiheit an den Universitäten weiter. Nun hat gestern die Universität auf die höchste Ehrenstufe, die sie zu vergeben hat, den nächst Wagner am meisten angegriffenen Lehrer, Schmolzer, berufen und damit einen in der Geschichte der verpöhten Universitäten noch nicht dagewesenen Fall geschaffen, daß in drei Jahren zwei Universitätslehrer, die das gleiche Fach vor-

Ungarn.

Budapest, 2. August. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die Spezialberatung der Zuckerprämien-Vorlage unter Annahme der vom Finanzminister vorgeschlagenen Abänderungen. —

Niederlande.

Die Stichwahlen für die unentschiedenen Nachwahlen haben heute stattgefunden. Zwei Sozialdemokraten hatten um das Mandat den letzten Kampf zu führen: Van Kol in Winschoten und Van in Veerwarden.

Ueber die Wahl im Kreise Winschoten liegt uns eine Privatdepesche vor. Van Kol ist mit einer Minorität von 64 Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten Tydens unterlegen.

Frankreich.

Paris, 2. August. (Fig. Ver.) Die Regierung hat ihre zarte Rücksichtnahme auf die Wünsche der Ritterkale von neuem bewiesen, indem sie gestern die alljährliche Kundgebung von Antibes des am 2. August 1848 verbrannten „Kegels“, Dolet, durch Polizei- und Militärmacht verhinderte. Noch im Vorjahre, unter demselben Kabinett, durfte das Opfer der Ritterkale von einer neben dessen Denkmal errichteten Meduervitine herab gefeiert werden. Diesmal gestattete man bloß die Numme Niederlegung von Kränzen durch einzelne Delegirte. Die Masse der Manifestanten wurde auseinandergejagt, das Denkmal Dolet's von Säuhmännern umringt. Die Dolet-Kundgebung wird von den Pariser sozialistischen Organisationen veranstaltet. Das mag für den Sozialistenführer Barthou ein weiterer Ansporn zum brutalen Dreinschreiten gewesen sein.

Strahlenkündgebungen sehen wir zwar in der Bourgeoisrepublik unter der Polizeivikarie. Im gegebenen Falle hat sich aber diese Vikarie in besonders empörender Weise betätigt. Während nämlich die Dolet-Kundgebung verhindert wurde, ließ dieselbe Polizeibehörde in derselben Stadt Paris und an demselben Tage eine vom Ritterkale Klopffischer, Abbe Garnier, veranstaltete Kundgebung an der Straßburg-Statue ganz unbehelligt.

Das Vergehen der Polizei wird im Pariser Gemeinderath zur Sprache kommen. Das sozialistische Gemeinderaths-Mitglied André Lesbore wurde nebst einigen anderen Manifestanten verhaftet, weil er es gewagt hatte, die staatsretterische Aktion lächerlich zu nennen. Und als er vom Polizeipräsidenten erlauft wurde, ließ ihn dieser frei, die willkürliche Verhaftung damit entschuldigend, daß der Polizeikommissar geglaubt hätte, Lesbore sei ein „einfacher Bürger“. Die „einfachen Bürger“ dürfen also mir nichts, dir nichts verhaftet werden. —

Italien.

Rom, 2. August. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine lange Unterredung mit General Baratieri über die Schlacht bei Adua, in welcher Baratieri ausführte, daß sich damals alle anwesenden Generale einstimmig für den Angriff ausgesprochen hätten, während die ganze Verantwortlichkeit für die Schlacht auf ihn allein zurückfiel. Andererseits seien die Berichte über die schwierige Lage des Heeres Menelli's durchaus guttrefend gewesen, und wenn man mit dem Angriff noch zwei Tage gewartet hätte, so würden die italienischen Truppen einen glänzenden Sieg erringen haben. Baratieri schloß seine Aeußerungen mit der Erklärung, daß

er im Begriffe stehe, ein Wort über diese Vorgänge herauszugeben, in welchem er niemand angreifen, aber auch niemand schonen werde. Mit diesen Redenungen soll Crispi rein gewaschen werden. Ein verzehrender Versuch, die Verantwortung für das Verhängnis Italiens auf afrikanischem Boden nimmt Crispi niemand weg. —

Spanien.

Madrid, 8. August. Gestern Abend kam es in den Vorstädten zu bedenklichen Unruhen, nachdem die Behörde die Reklamation der Einwohner wegen der Verschärfung abgelehnt hatte. Als die Menge an die Plünderung von Magazinen ging, griff die Gendarmerie ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. —

Madrid, 31. Juli. Die Behörden haben, dem „Tempo“ zufolge, auf der Station Vittoria 18 Riflen mit doppeltem Boden, die 390 Gewehre und viele Revolver enthielten, mit Beschlag belegt. Man vermutet, daß diese Waffen für die Carlisten bestimmt waren. —

Norwegen.

Christiania, 2. August. Das Storting nahm mit 61 gegen 53 Stimmen den Vorschlag der Minderheit der Zollkommission an, den Zoll für gefalzenes Fleisch auf 10 Oere für das Kilogramm festzusetzen. —

Rußland.

Zur Arbeiterbewegung in russisch-Polen schreibt man der „Tägl. Rundschau“: In Warschau sind in den letzten Wochen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, die sichtlich auf „unbillige Umtriebe“ zurückgeführt werden. Darum handelt es sich aber nicht. Die russische Regierung ist vielmehr seit Monaten bemüht, den geistigen Urhebungen und Organisatoren der Arbeiterbewegung auf die Spur zu kommen, die anscheinend von Warschau aus die Agitation geführt haben. Daß sie die eigentlichen Leiter in die Hände bekommen wird, glaubt die Regierung kaum selbst noch. Besonders liegt es den Behörden daran, zu ermitteln, wie die Geldunterstützungen der Arbeiter zugewandt sind. Sorgfältige Untersuchungen haben ergeben, daß es auf polnischem Wege nicht geschehen sein kann. In Rußland werden Geldbriefe in Gegenwart des Empfängers geöffnet und diesem wird das inliegende Geld vorgezeigt. Auch bei den Banken hat man nichts herausbekommen. Man nimmt nun an, daß Zwischenhändler das Geld persönlich empfangen und persönlich übermitteln haben. Unter den Verhafteten befinden sich auch einige Deutsche, wenigstens einige Personen mit deutschen Namen, bei denen revolutionäre Schriftstücke gefunden sein sollen. Das könnte immerhin noch zu Gunsten der Leute angefaßt werden.

Amerika.

New-York, 2. August. Das Schanzamt der Vereinigten Staaten hat dem Staatsdepartement zum Zweck der Aushändigung an die deutsche Botschaft den Betrag von 5000 Dollars überweisen als volle Entschädigung für Christof Schmidt, welcher im Jahre 1892 gelegentlich eines Übungsfluges der Soldaten mit scharfen Patronen bei dem Fort Snelling in Minnesota Verletzungen erlitten hatte. Der Kongress hat zwar die Entschädigung bewilligt, gleichzeitig aber jede Gaspflicht abgelehnt unter dem Zusatz, daß die Auszahlung des Geldes nur aus humanen Rücksichten erfolge. —

In der Diskussion über die preussischen Landtagswahlen

nimmt in dem soeben erschienenen Heft der „Neuen Zeit“ Karl Rauisch nochmals das Wort in einem die preussischen Landtagswahlen und die reaktionäre Masse überschreibenden Artikel. Indem wir auf die sehr interessanten und eingehenden Ausführungen verweisen, müssen wir uns aus Raumrücksichten auf die Hervorhebung der folgenden charakteristischen Stellen beschränken: „... Allerdings ist anzunehmen, daß unsere Beteiligung an den Landtagswahlen nicht ohne Einfluß auf den Charakter unserer Bewegung sein wird. Aber ich erwarte eher einen fördernden, als einen korrumpierenden, Einfluß. Deute kommen wir mit der Gesamtmasse der Bevölkerung nur bei den Reichstagswahlen in Berührung, bei diesen ergreifen wir unsere wichtigste agitatorische Wirkung. Aber bei den Wahlen zum Reichstag steht immer der Kampf gegen den Militarismus im Vordergrund, weil eben das Militärwesen das wichtigste der Gebiete, auf die der Reichstag Einfluß hat. Unsere Wahlagitatorik wird dadurch naturgemäß etwas einseitig. Sie würde durch die Landtagswahlagitatorik eine wichtige Erweiterung erfahren. Wir können dadurch in die Lage, unser praktisches Programm der Masse der preussischen Bevölkerung auf Gebieten darzulegen, auf denen sie uns noch nicht kennen gelernt, denn unsere Literatur und unsere gewöhnlichen Versammlungen bringen doch nicht so tief ins Volk wie unsere Wahlagitatorik. Wir würden aber dadurch auch gewinnen, selbst uns mit Fragen eingehender zu befassen, an denen wir bisher vorübergegangen. Wie die Beteiligung an den Gemeindevahlen würde auch die an den Landtagswahlen für den praktischen Charakter unserer Bewegung von großer Bedeutung sein.“

Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß in Oesterreich die Bergarbeiter, die Eisenbahner, die Volksschullehrer der Sozialdemokratie entweder sehr sympathisch gegenüberstehen, wie die letzteren, oder ganz angehören, soweit sie überhaupt politisch sich betätigen. In Preußen sind wir weit davon entfernt. Treten wir in den Wahlkampf zum Landtag ein, bekommen wir Gelegenheit, für die Volksschule, für die Staatsarbeiter der Eisenbahnen und Bergwerke praktisch einzutreten, so dürfte sich das in Preußen rasch ändern und, wenn auch nicht, wegen der öffentlichen Wahl, in den Wahlsitzungen zum Landtag, so in denen zum Reichstag Ausdruck finden.

Man hat auch gesagt, unsere Wähler würden es nicht verstehen, daß sie für dieselben Freisinnigen bei der Landtagswahl stimmen sollten, die wir bei den Reichstagswahlen so entschieden bekämpfen. Aber unsere Wähler sind nicht so unintelligent. Sie stimmen auch in der Stichwahl für den Freisinnigen, trotzdem nur ein kurzer Zwischenraum diese Wahl von der Hauptwahl trennt; ja, unsere Wähler begreifen die Notwendigkeit, für den eben bekämpften Kandidaten zu stimmen, mitunter eher als manche unserer Führer, wie dies erst kürzlich Wiesbaden bewiesen hat. Nicht deswegen, weil sie weitersehender sind als diese, sondern weil sie die Last des Wahlkampfes nicht zu tragen haben und daher unbefangener die Situation betrachten können, als der Wahlagitator oder der durchgefallene Kandidat. Daß unsere Wähler in Verwirrung geraten, wenn unsere Taktik bei den Landtagswahlen eine andere, als bei den Reichstagswahlen, haben wir also nicht zu befürchten.

Ebenso gering schlage ich die Gefahren eines Mißerfolges an. In welcher Beziehung könnten wir einen solchen erleiden? Niemand wird eine Landtagswahl als ein Mittel betrachten, unsere Reihen zu zählen. Dazu sind die Reichstagswahlen da. Was wir bei der Landtagswahl bezwecken können, ist: 1. Schwächung der politischen Macht des Junkertums, 2. Eroberung von Mandaten, 3. die Erweiterung unseres Kampfs- und Agitationsgebietes, und 4. die Inszenierung des Kampfes um allgemeine Wahlrecht zum Landtag.

Der letztere Punkt ist jedenfalls nicht der unwichtigste. Es erscheint mir ganz unzweifelhaft, daß die Agitation, die durch unsere Beteiligung an den Landtagswahlen erregt wird, mit dem Wahlen nicht endet, sondern damit erst recht in Fluß kommt. Die Landtagswahl kann nicht den Abschluß, sondern nur den Ausgangspunkt einer großen Bewegung bilden, die sich naturgemäß gegen das Dreiklassenwahl-System richtet.

In dieser Beziehung kann uns die Beteiligung an den Landtagswahlen unmöglich einen Mißerfolg bringen. Davon können wir überzeugt sein, wie immer der Erfolg unseres Versuches, das Junkertum zu schwächen und eigene Mandate zu erringen, ausfallen mag, unser Agitationsfeld wird sicher erweitert werden, und jeder Versuch, an den Landtagswahlen teilzunehmen, wird eine Aufnahme von Erbitterung gegen das Dreiklassenwahl-System sein. Auch die schlimmste Wahlniederlage wäre nicht in offener

Schlacht erlitten, sondern nur ein Resultat der Klücken und Tücken des Wahlsystems der Bestammungen, sie würde nicht entmutigen, sondern antscheln und erbittern. Erst wenn wir den Massen bei der Wahlagitatorik gezeigt haben, wie wichtig es für sie ist, im Landtag vertreten zu sein, erst wenn sie praktisch die Schönheiten des Dreiklassenwahl-Systems am eigenen Leibe erfahren, kann man sie zum Kampf dagegen mobil machen.

Oder glaubt man sie durch das Wort vom „galvanisierten Leichnam“ eher für diesen Kampf zu begeistern?

Es ist möglich, daß wir nicht so viele Mandate zu vergeben haben, wie Bernstein berechnet. Es ist freilich auch ebenso möglich, daß die gegenwärtigen pessimistischen Rechnungen arg übertrieben sind. Wir stehen hier auf einem Gebiet, auf dem wir nicht die geringsten Erfahrungen haben, auf dem Ueberraschungen nach der einen wie nach der anderen Seite nicht ausgeschlossen sind. Was mir aber ausgeschlossen erscheint, ist ein Mißerfolg, der uns niederbrückt, statt uns aufzuheitern.

Nicht ganz ausgeschlossen erscheint mir dagegen eine andere Gefahr. In jeder Parteibewegung ringen zwei Gesichtspunkte miteinander um die Herrschaft, der des Agitators und der des Politikers. Der letztere, z. B. der Parlamentarier, rechnet mit den Parteien als gegebenen Größen. Seine Aufgabe ist die, die Kraft seiner Partei möglichst zweckmäßiger Anwendung zuzuführen, so daß sie bei den geringstmöglichen Opfern oder Kraftanstrengungen das größtmögliche Resultat erreicht. Das wird natürlich um so schwieriger, je zahlreicher die Parteien, und es ist weit schwerer für die Mitglieder der Minorität, der Opposition, als die der regierenden Majorität. Fast nie wird eine Partei aus eigener Kraft allein irgend ein Ziel erreichen können, sie wird meist auf das Zusammenwirken mit anderen angewiesen sein. Die Politik beruht auf dem Kompromiß. Die Aufgabe des Politikers ist es, dieses Zusammenwirken so zu gestalten, daß es ein praktisches Resultat erzielt, ohne Charakterlosigkeit, ohne Gefährdung der Selbständigkeit der Partei, ohne Beeinträchtigung ihrer weiteren Ziele. Naturgemäß werden dabei am ehesten jene Parteien zusammenwirken, die einander am nächsten stehen, die eine Reihe von nächsten Zielen miteinander gemein haben.

Anderes als die Aufgabe des Politikers ist die des Agitators. Er rechnet nicht mit den Parteien als gegebenen Größen. Im Gegenteil, er geht gerade von der Wandelbarkeit dieser Größen aus. Seine Aufgabe besteht darin, den anderen Parteien möglichst viele Anhänger abzuwinden, sie der eigenen Partei zuzuführen. Während der Politiker sehr genau zwischen den einzelnen Parteien unterscheidet, sind für den Agitator alle eine einzige, feindselige Masse; soweit er Unterschiede unter ihnen macht, sind sie anderer Art als die des Politikers. Der Agitator wird sich nie an die Gesamtbevölkerung wenden können. Seine Partei verteidigt nur bestimmte Klassen und Interessen. Gerade die ihr zunächst stehenden Parteien sind aber diejenigen, die am meisten an dieselben Klassen und Interessen appellieren; sie sind der hauptsächlichste Gegner bei der Agitation, gegen sie richtet sich die Hauptkraft des Angriffs jener, die ausschließlich vom Standpunkt des Agitators aus handeln. Dieselben Parteien, die im Parlament am meisten auf gegenseitige Unterstützung angewiesen sind, bekämpfen einander oft im Wahlkampf am heftigsten.

Je kleiner eine Partei, je geringer die Möglichkeit für sie, praktische Politik zu treiben, praktische Erfolge zu erzielen, je mehr die Notwendigkeit raschen Wachstums für sie im Vordergrund steht, desto mehr wird der Gesichtspunkt des Agitators für sie der entscheidende sein. Je größer sie ist, je schwerwiegender die praktischen Folgen ihres Wirkens, desto mehr wird der Gesichtspunkt des Politikers in ihr zur Geltung kommen, bis sich beide Gesichtspunkte die Waage halten und je nach der Situation bald der eine, bald der andere mehr in den Vordergrund tritt. Das zeigt auch die Geschichte der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern. ... In der größten sozialdemokratischen Organisation der Welt, der deutschen Sozialdemokratie, ist heute noch der Einfluß der Denkweise des Agitators stärker, als ihre Größe erwarten läßt. Der Grund davon ist unschwer zu finden. Wir haben kein eigentlich parlamentarisches Regime in Deutschland; ihre großen Siege hat die deutsche Sozialdemokratie nicht in den Parlamenten, sondern in den Wahlkämpfen erfochten, ihr Einfluß im Volk, ihr Prestige erwuchs aus dem so zauberhaft raschen Anwachsen ihrer Stimmengahlen. Es sind bisher viel mehr die Agitatoren als die Politiker gewesen, die die deutsche Sozialdemokratie groß und stark gemacht haben. Und nun erhebt in der Partei eine Strömung, welche vom Standpunkt des Politikers aus eine Wahltaktik befürwortet, die dem Standpunkt des Agitators und den Traditionen unserer Partei schnurstracks zuwiderläuft und die dabei nichts weniger als einfach ist!

Kein Wunder, daß diese Taktik heftige Gegnerschaft findet. Ist es da nicht zu befürchten, daß der Versuch, an den preussischen Landtagswahlen teilzunehmen, arge Zwischigkeiten in eigenen Lager hervorzurufen könnte, daß jeder Mißerfolg, der im Wahlkampf eventuell passierte, zu einer Quelle intensiver Kämpfe innerhalb unserer Partei würde? Diese Gefahr ist keineswegs ausgeschlossen, obwohl bisher glücklicherweise noch nirgends die Neigung zu Tage getreten ist, das famose Beispiel nachzuahmen, daß die Leipziger Genossen in der Frage der Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen gegeben. Hier scheint mir in der That die einzige Gefahr zu liegen, die unser Eintreten in den Wahlkampf um den preussischen Landtag im Gefolge haben könnte; sonst sehe ich nur Schwierigkeiten, aber keine Gefahren.

Aber der bloße Nachweis, daß eine Handlung mit gewissen Gefahren verknüpft ist, genügt allein doch noch nicht, den Verzicht darauf zu rechtfertigen. Die Lust, die ich einmalige, ist voll von Risiken; nichts schädlicher, als sie zu ahmen. Deswegen ahmen wir doch und müssen wir ahmen. Das Unterlassen des Ahmens ist eben noch lebensgefährlicher als das Ahmen selbst einer verpöbelten Lust.

Der Nachweis, daß eine Aktion mit gewissen Gefahren und Schwierigkeiten verbunden ist, beweist bloß, daß man sie nicht ohne Not unternehmen soll. Die Frage, deren Verantwortung über unsere Beteiligung an den Landtagswahlen zu entscheiden hat, ist nicht die der Wahltechnik, sondern die der politischen Situation. Daß das Dreiklassenwahlsystem unserer Betätigung große Schwierigkeiten und einige Gefahr entgegenstellt, beweist niemand; daß es uns trotz alledem ermöglicht, ein gewisses Maß politischen Einflusses zu entfalten, befreit auch niemand; nur über die Größe dieses Maßes gehen die Meinungen auseinander.

Es fragt sich nun; ist die heutige Situation eine solche, daß wir eine Summe politischen Einflusses, die wir entfalten können, brach liegen lassen dürfen, ohne unsere Sache schwer zu schädigen? Sind diese Schädigungen nicht so groß, daß sie die Schwierigkeiten und eventuellen Gefahren der Landtagswahl aufwiegen? Das ist die entscheidende Frage. Sie kann heute sehr wohl von Beuten mit Ja beantwortet werden, die sie 1893 mit Nein beantwortet.“

In Deutschland oder wenigstens in Preußen besitzt der große Grundbesitz noch starke politische Macht; je mehr die Grundrente sinkt, je mehr die Agrarkrisis sich verschärft, um so mehr fähig er sich getrieben, seine politischen Machtmittel auszunutzen, um die Lasten der Reform von sich auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen, desto mehr verschärft sich der Gegensatz zwischen dieser und dem Junkertum, desto mehr nimmt aber auch dieser ökonomische Gegensatz politische Formen an, desto mehr wird er ein Kampf um politische Rechte. Der Kampf um politische Freiheit, um die demokratischen Formen, der seit 1871 in Deutschland außerhalb der Sozialdemokratie nur noch ein Kampf vereinzelter Ideologen war, weil er für die nichtproletarischen Volksklassen seinen ökonomischen Hintergrund verloren hatte, erhält jetzt wieder einen solchen und verliert damit den platonischen Charakter, den er für den bürgerlichen Liberalismus erhalten.

In seinem Bestreben, der Bevölkerung zu seinen Gunsten neue Lasten durch Vertreibung der Lebensmittel, Liebesgaben zc. aufzuladen, begegnete das Junkertum zunächst dem entschlossensten Widerstand der Arbeiterklasse, die als unterste der Klassen am meisten darunter zu leiden hatte, weil alle Lasten am ehesten auf sie abgewälzt wurden, und die in der Masse der Bevölkerung

am kampffähigsten und energischsten war. Der gemeinsame Haß gegen die Lohnarbeiterschaft führte anfangs Junker und Industrielle zusammen im Kartell, aber diese Freundschaft hat aufgehört; nur einige besonders verbissene Hände des Proletariats unter den industriellen Kapitalisten, denen dessen Streichung noch höher steht als ihr Profit, darunter als leuchtendes Beispiel Stumm, stehen noch auf Seiten der Junker. Die fortschreitende Entwicklung hat die Brüder auseinandergetrieben.

Die Arbeiterklasse hat sich ihrer Feinde erwehrt; man kann nicht alle Lasten nach Belieben auf sie abwälzen. Die Vertreibung der Lebensmittel trifft nicht bloß sie, sondern auch die Kapitalisten. Gleichzeitig ist Deutschland immer mehr ein exportierendes Industriestaat geworden, für den möglicher Freihandel auf dem Weltmarkt, günstige Handelsverträge von der größten Bedeutung. Auf der anderen Seite dagegen treiben die Noth und das Gefühl politischer Macht das Junkertum zu immer schärferen Angriffen auf die Verfen der Bevölkerung, zu auf die Grundlagen des industriellen Gedelens und der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Mit leichtem Herzen provozieren sie durch Vertreibung der Rohmaterialien und durch Schikanen aller Art schrauben sie die Steuern in die Höhe und beunruhigen und lästern sie die ganze Geschäftswelt durch Projekte und Forderungen, die oft mit den Bedingungen der modernen Gesellschaft völlig unvereinbar (Antrag Rauh), stets mindestens irgend einen Zweig des modernen Geschäftslebens zu schädigen geeignet sind. Diese Forderungen fangen an, die Bourgeoisie weit mehr zu erschrecken und zu erregen, als die der Sozialdemokratie, einmal bedrohen, weil die politische Macht der Junker heute noch größer, die Verwirklichung ihrer Programme daher näher liegend, dann aber auch, weil die Bourgeoisie denn doch begreift, daß die Sozialdemokraten die Erben der heutigen Produktionsweise und als solche an ihrer Entfaltung selbst interessiert sind, die Junker dagegen verzweifelte Bankrotteure, bereit, eine Galgenfrist für sich mit dem wirtschaftlichen Ruin des gesamten Volkes zu erkaufen.

Der Kampf gegen die Ueberreste der feudalen Privilegien, gegen die politische Uebermacht des Junkertums, hört auch für die Bourgeoisie auf, das Geschäft einiger Ideologen zu sein, er wird zu einem Kampfe um die Existenzbedingungen des Bürgerthums selbst, eines Bürgerthums, das heute in Staat und Gesellschaft eine ganz andere Rolle spielt, als noch 1848.

Ein derartiger Gegensatz allein würde genügen, einen Staat aufzuzittern. Aber er wird noch verschärft durch einen anderen Gegensatz. Der brave deutsche Bürger ist aufgewachsen in dem Respekt vor einer hohen Obrigkeit, der er willig die Sorge für Wohl und Wehe der Gesellschaft überläßt, wenn besagte Obrigkeit nur einigermaßen seinen Interessen gerecht wird und zeigt, daß sie weiß, was sie will. Dem Zirkus-Musik ist es glücklich gelungen, diesen angekannten Respekt auf's gründlichste zu zerstören. Seine Inkonsequenzen und Widersprüche, die nicht vertuscht und verhüllt, sondern von ihm selbst in alle Welt hinausposaunt werden, machen schon den guten Staatsbürger finnen und untergraben seine Zuversicht zu diesem Regime. Das wird um so schlimmer, je mehr der Zirkus aufhört, Zirkus in Bezug auf seine Ziele zu sein, je mehr er es bloß in Bezug auf seine Mittel ist, die sprunghaft wechseln, wobei seine Ziele immer mehr auf Hebung und Stärkung des Junkertums hinauslaufen.

Von vornherein verlangen die „altpreussischen Traditionen“ die Allianz von Regierung und Junkertum, welche Tradition wieder ihre reelle Grundlage darin findet, daß die entscheidenden Regierungsgelente im Milieu des Junkertums aufwachsen und leben. Dazu kommen aber nun noch die romantischen Neigungen des bestehenden Regimes, dessen Politik der Waffe der Bevölkerung immer schwerere Lasten auflegt, wobei die Ziele dieser Politik immer unverständlicher, abenteuerlicher, ja gefährlicher erscheinen. Immer stärker wird der Gegensatz zwischen dem Volke, nicht bloß dem Proletariat, sondern auch dem Kleinbürgerthum, der Bauernschaft und der Bourgeoisie auf der einen Seite und der Regierung auf der anderen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Masse der Bevölkerung läßt Junker und Regierung sich leicht finden, die ja, wie schon bemerkt, für einander von vornherein sichtlich empfunden. Je mehr aber die Regierung sich dem Junkertum nähert, desto mehr durch steigende Ausbeutung seiner politischen Macht seinen ökonomischen Bankrott vertiefen kann, desto mehr muß sie sich die übrigen Volksklassen entfeinden. Je größer aber diese Entfremdung, desto größer wieder ihre Abhängigkeit vom Junkertum, desto stärker die Notwendigkeit, dessen politische Privilegien zu stärken und die Masse des Volkes zu knebeln. Dieser Prozeß kann aber nicht eine Schraube ohne Ende sein, er muß in einer politischen Katastrophe sein Ende finden. Ein Produkt dieser Entwicklung war der eben glückselig abgeschlossene Versuch einer Rückwärtsbewegung des Vereinst- und Versammlungsrechts, ein Produkt dieser Entwicklung aber auch der Widerstand, den sogar die Nationalliberalen dagegen leisteten. Hätte es sich um die Niederhaltung der Sozialdemokratie allein gehandelt, diese Herren wären keinen Augenblick ungeschlüssig gewesen, ob sie die Novelle zum Vereinseck bewilligen sollten. Aber das heutige Regime bedroht nicht die Lohnarbeiterschaft allein und es wäre politischer Selbstmord für jede nichtjunkerliche Partei, ihm neue Machtmittel zu gewähren. Nur die brutalsten und borniertesten der nationalliberalen Industriellen vermochten das nicht einzusehen.

Die Kämpfe um das Vereinsrecht bilden aber nur das Beispiel zu weiteren, schweren Kämpfen. Die Gegensätze sind zu groß und die ökonomische Entwicklung verschärft sie zu sehr, als daß nicht die Reste des Feudalismus und Absolutismus immer wieder neue und verzweifeltere Angriffe auf das bürgerliche von Rechten und Freiheiten des deutschen Volkes machen sollten, und die Energie, mit der dieses für sie eintritt, auch in dem Maße wachsen, in dem es erkennt, daß es mit diesen Freiheiten seine ökonomischen Existenzbedingungen verteidigt. Ein Beharren bei dem jetzigen Zustande ist unmöglich; wir gehen einer Periode schwerer politischer Kämpfe entgegen, deren Resultat nur sein kann, entweder ein völliges Niederwerfen aller demokratischen Kräfte im Reich, eine, wie ich schon sagte, aber mit unendlichen Opfern verbundene Reaktion, oder die endgültige Ueberwindung der Reste des Absolutismus und Feudalismus und die Verwandlung Deutschlands in einen modernen Staat, in einen Staat, der noch nicht die politische Herrschaft des Proletariats bedeutet, der aber dem Proletariat die Grundlage bietet, auf selbstlichem Wege zur politischen Macht zu gelangen.

Nichts Beringeres als das steht heute auf dem Spiele. Entspricht aber dies Bild der Wirklichkeit, dann war das Wort von der einen reaktionären Masse nie weniger angebracht, als irreführender, als eben jetzt.

Für die Entscheidung und die Schwere des Kampfes wird es aber von nicht geringem Einfluß sein, ob es uns gelingt, rechtzeitig aus allen Positionen, auf deren Besetzung wir Einfluß haben, den Feind zu vertreiben. Und eine der wichtigsten dieser Positionen ist der preussische Landtag.

Den Junkern gehört die Regierung, gehört die Bureokratie, gehört die Armee. Den Gegnern des Junkertums gehört der Reichstag. Der Landtag kann ihnen gehören, wenn sie geschickt operieren. Es ist möglich, bei den nächsten Landtagswahlen das Junkerregime in eine solche Lage zu versetzen, daß es absolut ohnmächtig ist, so lange es auf gesetzlichem Boden bleibt, daß es ihm unmöglich wird, den Landtag gegen den Reichstag auszuspielen. Ist das eine so gleichgültige Sache für uns? Handelt es sich dabei wirklich nur um einen Zwist zwischen den Junkern und Freisinnigen, nur darum, ein paar freisinnige Kandidaten herauszubauen?

Wie man sieht, hat die Medaille auch ihre Rehrseite. Nicht nur die Beteiligung an den Landtagswahlen hat ihre Gefahren, sondern auch das Fernbleiben davon. Und nichts erscheint mir schlimmer und gefährlicher für eine Partei des Kampfes, als die Politik der Neutralität, des Zusehens bei großen, in Staat und Gesellschaft tief eingreifenden, die Massen tief aufwühlenden Kämpfen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist groß geworden dadurch, daß sie bei jeder entscheidenden Aktion, in der es sich um das Volk's Wohl handelte, im Parlament stand, unbestimmt darunt, ob das Kampfergebn ein dorniges und unerforschtes war oder nicht.

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz des Reichstags-Wahlkreises Westpreignis, die am 1. August in Wittenberge abgehalten wurde, sprach sich gegen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen aus. Zum Brandenburg-Provinzial-Parteitag werden Hingst, Stendal und Lademann-Wittenberge delegiert. Zum Parteitag soll ein Delegierter nicht entsandt, sondern soll das Mandat einem Delegierten des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises übertragen werden.

Für Beteiligung an den Landtagswahlen spricht sich die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ aus.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Fröhlich hat dieser Tage das Landesgefängnis zu Zwickau verlassen, wo er vier Monate wegen Preßsünden, die er sich als Redakteur der Burgstädter „Volksstimme“ zugezogen, geschnitten hatte. Fröhlich wird sich nicht lange der sächsischen Freiheit erfreuen können, da er noch drei Monate zwei Wochen abzusitzen hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Zugang von Formern und Keramachern nach der Firma Hoffmann u. Kühnemann hat wegen dort ausgedehnter Differenzen zu unterbleiben.

Deutsches Reich.

Der Steindruckereistreik bei Cöln in Breslau ist zu gunsten der Streikenden beendet. Die Ausständigen erreichten die Verkürzung der Arbeitszeit um 1/3 Stunden pro Tag.

Ueber den Textilarbeiterstreik zu Tschernhorst geht uns folgender Bericht der Lohnkommission vom 2. August zu: Seit heute Morgen ruht der gesamte Betrieb der Wollkammerei. 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen befinden sich im Streik oder sind ausgesperrt. Alle Versuche, den Streik auf gutem Wege beizulegen, sind an der Starrköpfigkeit der Unternehmer gescheitert. Der hiesige Bürgermeister hatte sich auf Ersuchen der hiesigen Gewerbetreibenden zur Vermittlung angeboten. Seine Bemühungen blieben erfolglos. Auf Gnade und Ungnade sollen die Streikenden sich ergeben. Aus dem Lohnkampfe ist ein Klassenkampf entstanden. Die Organisation soll vernichtet werden. Geht der Streik verloren, so erleidet nicht nur allein die Organisation, sondern auch die gesamte politische Bewegung am hiesigen Orte einen Schlag, den sie erst nach Jahren wieder überwinden können. Arbeiter, Arbeiterinnen allerorts, unterstützt die Streikenden nach allen Kräften, es gilt 3000 Personen, welche um ihre Rechte kämpfen, zu unterstützen. Geldsendungen sind zu senden an Thielbar, Koppelstraße.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Später erhalten wir noch folgende Nachschrift: Heute Mittag hat der letzte Arbeiter die Fabrik verlassen, so daß kein Streikbrecher vorhanden ist.

Die Generalkommission giebt in der letzten Nummer des „Correspondenzblattes“ den Vertrauensleuten der örtlichen Gewerkschaftsstellen bekannt, daß der Verband der Konditoren zur Agitation für Ausbreitung des Verbandes ein Flugblatt herausgegeben hat. Das Flugblatt enthält Auszüge aus den Ergebnissen einer vom Verband aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Konditorgewerbe. Ferner werden die Vorgänge und die Bedeutung der von dem Verband eingeführten Arbeitslosenunterstützung geschildert. Da der Verband nur in wenigen Orten Verbindung mit Berufsgenossen hat, so beabsichtigt er in den Orten, welche für die Organisation von Bedeutung sind, die Flugblätter zur Verbreitung an die örtlichen Gewerkschaftsstellen zu senden. Diese werden nun dringend ersucht, sich die Verbreitung der Flugblätter angelegen sein zu lassen und dadurch beizutragen, daß die äußerst notwendige Bewegung unter den Konditoren gestärkt wird.

Der Streik der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona. Die erste Auflage (10 000 Exemplare) der von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre, in welcher der Streik der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona geschildert wird, ist, wie das „Correspondenzblatt“ mitteilt, vollständig vergriffen. Die in Bearbeitung befindliche zweite Auflage soll eine Ergänzung insofern erfahren, als die dem Streik folgenden Verhandlungen vor der Senatskommission, sowie die Abrechnung der Streikkommission angefügt werden sollen. Bestellungen sind, um die Höhe der Auflage feststellen zu können, umgehend an C. Legien, Hamburg 6, Wilhelmstr. 13, I., zu richten.

Die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei zu Bremen hat, nachdem ihre Arbeiter in den Ausstand getreten sind, den Betrieb einstellen müssen.

Die Redaktion des „Volksblattes“ für Halle vermahnt sich in einer Zuschrift an uns gegen den Vorwurf, der diesem Blatte jüngst in einer Versammlung sozialorganisierter Maurer (S. Bericht in Nr. 164 d. Bl.) gemacht wurde. Dort war behauptet worden, das Halle'sche „Volksblatt“ habe über den Kongress der sozialorganisierter Gewerkschaften Deutschlands in entstellender Weise berichtet. Die Redaktion behauptet demgegenüber, in objektiver Weise berichtet zu haben.

Bei dem Ausstande der Instrumentenarbeiter der Firma Schneider u. Comp. in Magdeburg sind 60 männliche und 21 weibliche Personen mit zusammen 71 Kindern beschäftigt. Auf Antrag des Fabrikanten fand am Sonnabend eine Verhandlung statt. Die Einigung scheiterte, da die Firma sich bereit erklärte, nur 20 Mann wieder in Arbeit zu nehmen. Die Ausständigen lehnten dies ab, die Arbeit wieder aufzunehmen und halten an ihren Forderungen fest. Der Streik sieht zu gunsten der Arbeiter und wird zum Siege der letzteren führen, wenn Zugang vermieiden wird. Anfragen und Gelder sind zu senden an W. Bernstein, Vertrauensmann der Holzarbeiter, Sudenburg, Schönigerstr. 28.

In Guadalupe (Regierungsbezirk Magdeburg) streiken die am Gymnasialbau beschäftigten Maurer. Sie verlangen eine Erhöhung des Lohnes, der jetzt bei 14 stündiger Arbeitszeit 3,20 Mark beträgt. Da sie aber meist in Ca 14 wohnen, befinden sie sich mindestens 16 Stunden außer dem Hause.

Achtung, Metallarbeiter! Ueber die Strickmaschinen- und Möbelfabrik-Werke, vormals Gustav Walther u. Co., Aktien-Gesellschaft zu Mählfing u. Thuringen, ist die Sperre verhängt worden. Die Firma wird Dreher, Schlosser etc. allerorts durch Agenten an und verspricht einen hohen Verdienst. 15 Kollegen trafen aus Hannover ein, sie glaubten 5 M. täglich gemäß den Angaben verdienen zu können, verließen den Platz wieder, nachdem sie 1,50 bis 2 M. täglichen Verdienst erreicht hatten. Wochenverdienste von 8, 9 M. und darunter sind nichts Außergewöhnliches. Wer Rücksprache nehmen will über schlechten Verdienst flieht hinaus.

Kollegen! Lasse sich niemand verlocken, in dieser Fabrik Arbeit zu nehmen, das Versprechen wird nicht gehalten. Für die Filiale Rühlhausen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Wilhelm Berner.

Die Barbier- und Friseur-Gehilfen werden aufgefordert, den Zugang nach Hannover, Stuttgart und Kiel wegen Differenzen mit der Innung streng fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Anfragen sind zu richten an R. Wische, Braunschweig, Rosenbögen 5.

Die Koalzarbeiter der Zeche Holland bei Wattencheid hatten dieser Tage die Arbeit niedergelegt, um eine Lohn-erhöhung zu erreichen. Ein Ausgleich mit der Direktion wurde herbeigeführt.

In München ist ein Streik der Steinmetzen ausgebrochen.

Ausland.

Die Zahl der streikenden Bäckergehilfen von Triest ist auf 2300 angewachsen. Am Montag war der demokratische Agitator

Camder verhaftet worden; die streikenden Arbeiter demonstrieren zu gunsten seiner Freilassung.

Der Streik der belgischen Bergarbeiter ist stark im Rückgang begriffen; es feiern noch etwa 7000 Mann. Der „Reform“ wird aus dem Streikgebiete gemeldet, daß in den Versammlungen der letzten Tage allgemein die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden sei.

Zur Achtstundigen-Bewegung der englischen Maschinenbauer ist heute nur wenig Neues zu berichten. Von Oldham wird mitgeteilt, daß die Maschinen-Fabrikanten dieses Distrikts beabsichtigen, sich mit den übrigen am Kampfe beteiligten Unternehmern solidarisch zu erklären und mit Aussperrungen vorzugehen. Die Zahl der bei diesen beschäftigten Arbeiter ca. 20 000 beträgt; es ist klar, daß durch die Ausführung des oben angedeuteten Beschlusses der Kampf in nicht geringem Maße beeinflusst werden würde.

Soziales.

Arbeiterrisiko. Im Hamburger Hafen hat sich am letzten Sonntag ein Unglück zutragen, das vier Arbeitern das Leben kostete. Bekanntlich existieren die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter für die Schiffsmaler so gut wie gar nicht. Sonntag für Sonntag muß seitens der Schiffsmaler im Hafen geschuftet werden, weil es der Unternehmerprofit erfordert und es der Polizei gefällt, die Schiffsmalerei am Sonntag als „Notharbeit“ zu betrachten. So mußte denn auch am vergangenen Sonntag seitens der Schiffsmaler im Hafen frisch, fröhlich und frei gearbeitet werden. Ein mit dreizehn Schiffmalern besetztes Boot, welches am Sonntag Morgen neben dem Dampfer „Nordoba“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft im Strandhafen lag und in welchem sich außer den Arbeitern noch ein Sack Zement und ein Faß Mennige befanden, so daß es schwer belastet war, wurde durch den Wellenschlag eines Passagierdampfers zum Kentern gebracht, so daß die sämtlichen 13 Arbeiter ins Wasser fielen. Neun von ihnen konnten durch eine Hafenpolizei-Barke gerettet werden, vier fanden ihren Tod durch Ertrinken. Sämtliche Verunglückte waren Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes, Sektion Schiffsmaler, und haben den Streik der Hafnarbeiter bis zu Ende mit durchgemacht; einer von ihnen sollte noch eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten abmachen, die ihm aus Anlaß des Streiks jubitiert war.

Aus Fürstentum an der Spree meldet die „Frankf. D. Ztg.“: In der Fabrik von Julius Püsch ist gestern ein großer eiserner Ventilator explodiert. Verletzt sind drei Arbeiter schwer und mehrere leicht. Städtischerweise waren zur Zeit der Explosion nur wenige Personen in der Werkstatt, wo der Ventilator sich befand, anwesend, da sonst das Unheil weit größer geworden wäre.

Eine Vermehrung der Zahl der Assistenten der Fabrikinspektoren beabsichtigt die bayerische Regierung vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit soll in das Budget ein Posten eingestellt werden, um einen Versuch mit der Anstellung weiblicher Assistenten zu machen. Bayern wäre hiermit (Sachsen-Weimar und Hessen sind vorangegangen) der dritte Staat, der sich zu dieser Einführung entschließt.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte die Strafkammer in Dortmund am 2. August zum zweiten Male gegen den Reichstags-Abgeordneten Dr. Lütgenau. Es handelte sich um einen Artikel „Schon wieder eine Kaiserrede“, den Lütgenau als Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ aus der „Düsseldorfer Bürgerzeitung“ übernommen und der mit genanntem Partei-Organ und dessen Kopfbild, der „Westfälischen Volkstribüne“ erschienen war. Die Dortmunder Strafkammer hatte das Erscheinen in beiden Zeitungen als zwei selbständige Handlungen angesehen und den Angeklagten wegen Kaiser-Beleidigung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Redakteur Stoffers von der „Düsseldorfer Bürgerzeitung“ hatte bekanntlich dieserhalb 8 Monate Gefängnis erhalten.

Die Strafkammer war zu dieser Ansicht gekommen, weil die „Arbeiterzeitung“ und die „Volkstribüne“ an zwei verschiedenen Tagen und auch an zwei verschiedenen Orten den Artikel gebracht hatten, was sich daraus erklären läßt, daß die eine Zeitung täglich und die andere ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt ist. In seiner Revision führte Lütgenau zur Begründung an, daß keine zwei selbständige Handlungen vorliegen könnten, da die „Volkstribüne“ kein selbständiges Blatt, sondern nur ein „Kopfbild“ sei. Das Reichsgericht fand diese Begründung im Sinne L's gerechtfertigt und hob das Urteil auf. Die Sache wurde an die Dortmunder Strafkammer zurückverwiesen. Während der Verlesung des Artikels wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Lütgenau gab auf Verlangen seine Erklärung dahin ab, daß keine zwei Handlungen angenommen werden dürften, da die „Volkstribüne“ ein Kopfbild sei, welches sich vom Hauptblatt nur dadurch unterscheidet, daß aus dem Inhalt des letzteren provinzielle Nachrichten und Inserate, welche sich für das Kopfbild nicht eignen, herausgenommen und an dessen Stelle lokale Nachrichten gesetzt würden, sonst aber im allgemeinen der Satz stehen bleibe. Lütgenau machte noch geltend, daß er in dem Artikel keine Beleidigung habe finden können. Er stehe demselben ganz objektiv gegenüber, da er nicht Verfasser desselben sei, denselben vielmehr aus einem anderen Blatte entnommen habe. Der Vertreter der Anklagebehörde führte an, daß er damals derselben Ansicht gewesen sei, wie das Reichsgericht, und auch nur eine selbständige Handlung angenommen habe; wegen der Schwere der Beleidigung habe er jedoch eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten beantragen müssen. Heute beantrage er eine Einjahresstrafe von 3 Monaten. Nach einer längeren Beratung kam der Gerichtshof zu einer Verurteilung gemäß dem Antrage des Staatsanwalts. Die von der Anklage behaupteten Beleidigungen seien als erwiesen angenommen worden; jedoch habe sich der Gerichtshof nicht davon überzeugen können, daß dadurch, daß der Artikel an verschiedenen Tagen und in verschiedenen vom Angeklagten redigierten Zeitungen erschienen sei, zwei selbständige Willenshandlungen vorgenommen seien, da eben die „Westfälische Volkstribüne“ nur als ein Kopfbild der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ anzusehen sei.

Einer der seltenen Fälle, in denen der Staatsanwalt gegen ein ergangenes Urteil Berufung einlegt, weil ihm die über den Angeklagten verhängte Strafe zu niedrig dünkt und damit die völlige Freisprechung des Verurteilten nicht befürchtet, ereignete sich gestern vor der ersten Ferienstrafkammer am Landgericht II. Der Kohlenhändler Markowitz aus Schöneberg war vom Schöffengericht II wegen Unterschlagung zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden, während seine Mitangeklagte Ehefrau freigesprochen wurde. Der Staatsanwalt rügte darauf in seiner Berufung, daß der Ehemann viel zu milde und die Ehefrau gar nicht bestraft worden sei. Das Urteil der zweiten Instanz war recht interessant. Es lautete: „Die königliche Staatsanwaltschaft hat die von ihr eingelegte Berufung auf das Strafmaß beschränkt. Demnach hätten wir die tatsächliche Feststellung des Vorderrichters gar nicht nachzuprüfen gehabt. Der Gerichtshof ist aber der Ansicht, daß, wenn das Strafmaß nachgeprüft werden soll, auch die Thatfrage nachgeprüft werden muß, denn das Gericht kann erst dann die Strafe bemessen, wenn es den Thatbestand selbst geprüft hat. Das ist nun in diesem Falle geschehen und diese erneute Feststellung des Thatbestandes hat nun den Gerichtshof zu der Ueberzeugung geführt, daß beide Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Unterschlagung nicht schuldig sind. Das Urteil lautet daher dahin: Auf die Berufung der königl. Staatsanwaltschaft wird das erste Urteil in vollem Umfange aufgehoben und die Angeklagten werden von Strafe und Kosten freigesprochen.“

In der Beleidigungssache des Gastwirths Schöning gegen den Tischler Ahrens ist gegen das am 6. Juli vom Schöffengericht ergangene Urteil vom Kläger Berufung eingelegt.

Anwetter

und Ueberschwemmungen.

Das Charakteristische für die letzte Hochwasserkatastrophe ist, daß sie eine so große Anzahl Menschenleben vernichtet hat. Auf zweihundert steigt die Zahl der Todten und Vermißten. Achtunddreißig Opfer zählt man in Preußen, einige achtzig in Böhmen, im Weistritzhale (Sachsen) allein sollen 60 Menschen umgekommen sein. Der Jammer der Betroffenen ist großlich. Hunderte und Hunderte sind zu Bettlern geworden, Tausende in Noth gerathen. Einige, die abwesend waren, als die verderbbringende Woge heranbrüllte, gaben sich selbst den Tod. Sie hatten alle ihre Lieben verloren, ihre Heimath war verschwunden. Tausende von Arbeitern sind zum Freiern verdammt. Ihre Noth ist groß. Aber auch sehr viele Beispiele edler Menschlichkeit sind bei dem Unglücke gegeben worden. In den Sechsklöften bei Pirschberg rettete der Jäger Dunkel vier Kinder und ihre Mutter. Als er auch den Vater herüberholen wollte, versank er, „als wenn er vor dem Feinde gefallen wäre“. Dieser einfache Soldat hat mehr gethan. Er starb für seine Brüder. Und keine Arbeiteraufst im Reiche giebt es, die ihm nicht den Ehrenpreis aufs Grab legen würde. Die Wasser, sie sind zu Thal geronnen, die größte Gefahr ist vorüber. Jetzt erst wird man die Größe des hereingebrochenen Unheils abschätzen können. Das Rettungs- und Unterstühungswerk ist im Zuge. — An Depeschen sind noch eingegangen:

Reibitz, 3. August. Die „Oberschlesische Zeitung“ meldet: Die Oder steigt rapide, seit gestern um 1,10 Meter. Auch aus Oesterreich kommen Nachrichten von größerem Steigen, da gestern und heute Gewitter mit großen Niederschlägen stattgefunden haben.

Dresden, 3. August. Amlich wird bekannt gemacht: Der Gesamtverkehr auf den Linien Altkemnitz-Stollberg, Wolkstein-Jöhstadt, Wilschthal-Ehren-Friedersdorf und Geydorf-Eppendorf ist wieder aufgenommen. Auf den Linien Annaberg-Fißha, Rössen-Wienemühle, Dresden-Bodenbach, Reichenhain-Fißha, Zittau-Reichenberg und Klingenberg-Cossmitz-Chemnitz zwischen Falkenau und Fißha wird der Sonderverkehr durch Umsteigen ausrecht erhalten.

Dresden, 3. August. („Voss. Ztg.“) Der Carolaschacht im Plauen'schen Grund ist völlig erschossen, auch der Betrieb der Freiburger Erzgruben mußte eingestellt werden. Abermals herrscht Regenwetter.

Tilsit, 3. August. Die „Tilsiter Nachrichten“ melden: Infolge Hochwassers wurde die über die Memel führende, auf Pontons ruhende Schiffbrücke sowie drei Badehäuser von den aus Pontonland heruntertreibenden Holzstöcken fortgerissen. Menschen sind nicht verunglückt; mehrere in den Bade-Anstalten befindliche Personen konnten sich durch Schwimmen retten. Viele Holzstöcke sind zerstört. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Prag, 2. August. Aus Bodenbach, Leitmeritz, Zwickau, Turnau, Budweis und anderen Orten werden wiederum bedeutende Ueberschwemmungen gemeldet, die zahlreiche Hausbesitzer, Dammbrüche und Eisenbahn-Verkehrshindernisse zur Folge hatten. Auch mehrere Personen sind dabei umgekommen. An dem Bodenbacher Landungsplatz sind die mit großem Kostenaufwand ausgeführten Quai-Anlagen eingestürzt. Aus Linz meldet man, daß die oberösterreichischen Flüsse im Fallen begriffen sind. Der Bahnverkehr ist zum theil wieder aufgenommen. Die Versorgung Tschils mit Lebensmitteln ist gesichert.

Breslau, 3. August. Die Stadt schwebt in eminentester Hochwassergefahr. Die Donauquais sind überfluthet, die Magazine der Dampfschiff-Gesellschaften und die elektrische Straßenbahn stehen vollständig unter Wasser; der Schaden ist sehr groß.

Wien, 3. August. (W. Z.) Heute ist die große Eisenbahnbrücke der Südbahn bei Baden eingestürzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen ausrecht erhalten.

Wien, 3. August. (W. Z.) Der höchste Wasserstand der Donau bei Wien, welcher erst für morgen früh erwartet wurde, ist infolge des raschen Fallens der Traun und der Gans bereits heute Nachmittag eingetreten. Die Sicherungsarbeiten an den Dämmen bei Wien werden, zum theil mit Heranziehung von Militär, auf das eifrigste fortgesetzt. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ist die Gefahr als beseitigt anzusehen.

Jschl, 3. Aug. (W. Z.) Die Flüsse Traun und Jschl sind in ihre Bett zurückgekehrt. Von Anzean bis Ebensee, einschließlich Jschl, sind sämtliche Brücken, außer den Eisenbahnbrücken, weggerissen. Die Staatsbahnstrecken Jschl-Kuffee und Jschl-Ebensee sind stark beschädigt. Der Termin der Wiedereröffnung des Verkehrs ist noch nicht festzustellen. In Jschl haben die Geplanade, die Franzens-Allee, der Stefanio-Quai, der Traun-Quai und das Gries-Biertel großen Schaden erlitten. Pioniere arbeiten an der Herstellung einer Rothbrücke über die Traun.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 3. August. (W. Z.) Aus Karlsruhe wird der „Frk. Ztg.“ berichtet: In der gestern abgehaltenen geschlossenen sozialdemokratischen Parteiversammlung, die von ca. 400 Personen besucht war, wurde mit übergroßer Mehrheit beschlossen, ein Wahlbündnis mit der deutschen Volkspartei auf der Grundlage abzuschließen, daß für Karlsruhe-Stadt die Sozialdemokraten zwei und die Volkspartei einen Kandidaten erhalten. Die früher bekannt gewordenen neuen Bedingungen, die den Volksparteilern ansichtig erschienen, wurden fallen gelassen.

Duisburg, 3. August. (W. Z.) Der hiesige Maximilianer Leopold, der sich gegenwärtig auf einer Studienreise im Westen Meeres befindet, telegraphirte aus einer Vorstadt Archangels an einen hiesigen Freund: „Andree ist mit höchster Verunglück, und zwar beim 69. Grad nördlicher Breite und 25. Grad östlicher Länge.“

Zürich, 3. August. (W. Z.) Seit Sonntag wird der Urmacher Nisch aus Chur, welcher am genannten Tage einen Kuffsig auf die Hochwaldspitze in Graubünden unternahm, vermisst. Man hat Leute ausgesandt, um ihn zu suchen.

St. Moritz, 3. August. (W. Z.) Marie Seebach ist nach kurzer Krankheit heute Nachmittag hier gestorben.

Kizza, 3. August. (W. Z.) Im Spielhause zu Monte Carlo erschof sich vor den Augen des anwesenden Publikums ein Deutscher, welcher beim Spiel große Summen verloren hatte.

Triest, 3. August. (W. Z.) Im Lloydarsenal, in der Hafenanlage von Servola, in der Reichshälfabrik und in anderen großen Establishments haben alle Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ruhe ist vollständig wieder hergestellt.

Triest, 3. August. (W. Z.) Heute Nachmittag 2 1/2 Uhr wurde ein Erdbeben wahrgenommen; auf einen schwächeren Stoß folgte in einigen Sekunden ein stärkerer Stoß in der Richtung von Südwest nach Nordost.

Budapest, 3. August. (W. Z.) Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute die Investitions-Auleihe für die Raab-Ebenfurter Bahn, sowie Vorausgaben im Betrage von 3 Millionen Gulden für die Eisenbahn Marmaros-Siget bis zur Landesgrenze. — Die Verhandlungen über die Straßprojek-Vorlage werden morgen fortgesetzt werden.

Christiania, 3. Aug. (W. Z.) Das Storting hob in seiner heutigen Sitzung den bisherigen Roggenzoll auf und nahm dagegen folgende neue Zölle an: Pferde 60 Kronen per Stück, Dornvieh 5 Dore per Kilo Lebendgewicht, Schafe 2 Kronen per Stück, Schweine 10 Dore per Kilo, Margarine 4 Dore per Kilo. Die neuen Zölle treten mit dem 6. d. M. in Kraft.

London, 3. August. (W. Z.) Unterhaus. Curzon erklärt, die Zahl der britischen Truppen in Kreta betrage 1500; außerdem sei eine Gebirgsbatterie anwesend; aus Malta seien 400 Mann und 8 Offiziere unterwegs. Die Gesamtzahl der Truppen der anderen Großmächte auf Kreta besizze sich auf 3800 Mann und eine Gebirgsbatterie. Das Gerücht, daß England die Räumung Theffaliens verlangt habe, besor die Kriegsentwöhnung garantiert werde, sei unbegründet.

New-York, 3. Aug. („Frankf. Ztg.“) Der Streik im Kohlenrevier nimmt eine ernste Wendung, denn der Arbeiterführer Dolan ist wegen Anstiftung zum Aufstand verhaftet worden.

Der ungenügende Schutz gegen Einsperung geistig Gesunder in ein Irrenhaus

wird von neuem durch das Resultat einer Untersuchung bewiesen, die die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II gegen Dr. Edel, den Inspektor Veugat und die Wärterin Mielle eingeleitet hatte.

Die Beamtenfrau S. lebte ohne ihre Schuld in unglücklicher Ehe mit ihrem etwas jähzornigen Ehemann. Den Gipfel ihrer Leiden sollte sie am 17. April 1893 auskosten. An diesem Tage trat in Gegenwart ihres Ehemannes der Inspektor der Edel'schen Anstalt, Veugat, und die Wärterin derselben Anstalt, Mielle, in ihr Schlafzimmer. Der Inspektor forderte die nothdürftig angekleidete im Bett liegende Frau auf, „mitsufommen“.

verfahren“ sei, denn es sei den beteiligten Personen „das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit der Freiheitsentziehung nicht nachzuweisen.“ Ob die Personen „bei gebührender Prüfung der rechtlichen und thatsächlichen Verhältnisse das angewendete Verfahren als ein nicht bestimmungsmäßiges hätten erkennen können und sollen, sei strafrechtlich unerheblich, da ein etwaiges fahrlässiges Verhalten bei der Freiheitsentziehung den Thatbestand des § 239 des Strafgesetzbuches nicht erfüllen würde.“

Die Staatsanwaltschaft und mit ihr die Oberstaatsanwaltschaft und das von Herrn Schönstedt geleitete Justizministerium glaubt ferner die „Gutgläubigkeit des Dr. Edel“ auch daraus folgern zu müssen, daß dieser die vorchriftsmäßige Anzeige über die Aufnahme der Frau S. in seine Anstalt der Staatsanwaltschaft und den Polizeibehörden zu Charlottenburg und Spandau erstattet hat.

Ueber die Stichhaltigkeit dieser in drei Instanzen gebilligten Gründe für die Ablehnung einer Anklageerhebung wollen wir nicht rechten. Denn gerade, wenn diese Gründe zutreffende sind, zeigen sie, wie wahr die von uns seit Jahren vertretene Anschauung ist, daß ein reichsgesetzlicher Schutz gegen Einsperung geistig Gesunder als Irzer dringend erforderlich ist.

Der mangelhafte Schutz gegen widerrechtliche Einsperung geistig Gesunder besteht in keinem Kulturlande in dem Grade wie in Deutschland. Wiederholt ist von sozialdemokratischen wie von anderen Abgeordneten im Reichstag auf diesen Mangel hingewiesen und mehr Schutz gegen unbedingte Aufnahme in Irrenhäusern, Schutz gegen die Art der Behandlung in solchen Anstalten, Schutz zu gunsten schleuniger Entlassung widerrechtlich, wenn auch gutgläubig in Irrenanstalten Festgehaltener gefordert.

Noch in der letzten Session des Reichstags ist den ungeheuren Schäden im Irrenwesen gegenüber bessere Gestaltung des Entmündigungsverfahrens und reichsgesetzliche Regelung der Aufnahme, den Aufenthalt und die Entlassung aus Irrenanstalten regelnden Bestimmungen fast einstimmig gefordert. Es wird Sache des Reichstages sein, seiner Forderung bei Gestaltung der für die nächste Session zu erwartenden Zivilprozess-Ordnung Nachdruck zu verschaffen.

Das Goldfieber

hat wieder einmal die Menschen ergriffen. Seit einigen Tagen durchschwirren Nachrichten über ungeheure Goldfunde im äußersten Nordosten Nordamerikas die Kulturwelt. Und wieder, wie man es in der Mitte unseres Jahrhunderts bei den Goldfunden in Kalifornien, dann bei denen in Australien und zuletzt in Südafrika gesehen hat, machen sich ganze Scharen von Abenteurern auf den Weg nach den „Goldfeldern“, um dort ihr Glück zu suchen.

Die Goldfelder liegen in der Gegend des oberen Yukon, des mächtigsten Stromes jenes nordöstlichen Ausläufers Nordamerikas, namentlich am Klondyke-Fluß, der in den Yukon mündet. Die Hauptgoldfelder liegen auf dem Gebiet des britischen Nordamerikas, erstrecken sich aber auch nach Alaska hinein, jener Halbinsel, die im Jahre 1867 durch die Vereinigten Staaten für den Preis von 7 200 000 Dollars von Rußland gekauft worden ist.

das — wenn die Zeitungsbereiche über die Goldfunde eine größere Anzahl von Menschen noch in diesem Herbst nach dem Goldlande locken sollten, etwa 20 oder 30 000 — daß es dann des Nahrungsmangels wegen zu Hunger und Noth, sogar zu Menschenfresserei kommen müsse! Und wir begegnen der charakteristischen Wendung, „ein armer, aber lebendiger Arbeiter in den Vereinigten Staaten sei immer noch besser daran, als ein tochter Millionär in den Goldfeldern.“

Das reiche Vorkommen von Gold scheint in allerdinge verbürgt zu sein. Das goldhaltige Alluvium befindet sich hauptsächlich im Thale des Yukonflusses, der etwa 3000 englische Meilen lang ist und an manchen Stellen 10 englische Meilen breit. 1800 Meilen von seiner Mündung entfernt, auf dem Gebiete der Nordwest-Territorien von Kanada, ergießt sich der Klondyke, d. h. der Fischfluß, in den Yukon, und hier am Zusammenflusse beider sind die reichsten Funde gemacht.

Märchenhaft, auch in dem Sinne, daß man nicht alles zu glauben braucht, was in die Welt telegraphirt wird, klingen auch die Berichte der amerikanischen Zeitungen über den Goldreichtum, den die Miner von Klondyke heimgebracht haben. So berichtet eine amerikanische Zeitung über die Rückkehr eines solchen Goldschiffes aus San Francisco: „Die Geschichten von dem fabelhaften Reichtum der Klondyke-Goldminen am Upper Yukon wurden bestätigt, als jetzt 40 Miner von dem Lager hierhergekommen und Gold im Werthe von 500 000 Dollars mitbrachten.“

Kommunales.

Unter den Einsprüchen, welche gegen die Kommunalwählerliste erhoben sind, befinden sich mehrere wegen Nichteintragung in die Wählerliste, die nach Auskunft der Wahlbureau nicht erfolgt ist, weil die betreffenden Kommunalwähler das vierundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Welchen Umfang die Verwaltung der Stadt Berlin hat, geht aus der überaus großen Zahl der Bürger hervor, welche als unbesoldete Gemeindebeamte ihre Kraft der Stadt widmen. Es werden in den verschiedensten Ehrenämtern beschäftigt: als Bürgerdeputirte 81, als Bezirksvorsteher beziehungsweise als Stellvertreter 678, als Abschätzungsverordnete 293, als Mitglieder a) der Abschätzungs-Revisionskommission 58, b) der Landweh-Bezirkskommissionen 319, c) der Armenkommissionen 2870, d) der Gemeinde-Waisenträte 1420 (und 350 Waisenspflegerinnen), e) der Schulkommissionen 2481; als Vorstandsmitglieder für Privatschulen 126, als Prüfungskommissionen a) der Deputation für die Verwaltung des Schul- und Unterrichtsverordnungs 16, b) der Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitsamt und v. Wiedersheim-Stiftung 154; ferner 1. als gewählte Mitglieder beziehungsweise Stellvertreter der Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission 5818, 2. ernannte Mitglieder beziehungsweise Stellvertreter derselben Kommission 4919, 3. gewählte Mitglieder der Einkommensteuer-Veranlagungskommission 123, 4. ernannte Mitglieder dieser Kommission 48, 5. Schiedsmann und Stellvertreter derselben 678, 6. Mitglieder der Revier-Sanitätskommissionen 1400, 7. gewählte Mitglieder und Stellvertreter der Berufungskommission 62, 8. ernannte Mitglieder und Stellvertreter des Steuerzuschusses der Gewerbesteuerklasse I 16, 10. ernannte Mitglieder dieses Ausschusses 8, zusammen 21 037 Personen.

Nach amtlichen Ermittlungen war der Preis für Roggenbrot für 1 Kilogramm in Pfenning (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) am 15. Juni cr. 22,16 Pf., der niedrigste Preis 18,08 Pf., der höchste Preis 26,04 Pf., am 2. Juli cr. 22,11 Pf., der niedrigste Preis 17,78 Pf., der höchste Preis 25,64 Pf.; für Weizenbrot (Schrippen) für 1 Kilogramm in Pfenning (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) vom 15. Juni cr. 26,89 Pf., der niedrigste Preis 20,53 Pf., der höchste Preis 42,19 Pf., am 2. Juli cr. 27,40 Pf., der niedrigste Preis 21,06 Pf., der höchste Preis 43,48 Pf.

Anblick, als sie ihre mit Gold gefüllten Hirschedernen Säcke zeigten. Einige der Miner brachten Goldstaub in Kouservergläsern und Töpfen, offenbar waren im Lager die Säcke rar geworden. Als alle den Staub ausgeschüttet hatten, bildete er einen Haufen von 340 Pf.

Zu verwundern ist es ja nicht, daß bei solchen Schilderungen sich die Leute schaarenweise auf den mit unglücklichen Gefahren bedeckten Weg machen. Will man doch möglichst noch Klondyke erreichen, solange das Goldgraben noch als „placer mining“ betrieben wird, das heißt, so lange man das Gold noch in „Restern“, im lockeren Erdbreich findet; danach zu suchen ist die aufregendste und, wenn das Glück günstig ist, lohnendste Art der Goldgräberei.

Alle Ermahnungen, sich wenigstens nicht zu überbürden und die richtige Zeit zur Reise abzuwarten, fruchten jedoch nicht. Ueber die Abfahrt des Dampfers „Excelsior“, dessen Anbruch mit Miners wir oben schilderten, berichtet der Telegraph aus San Francisco: „Die Abfahrt fand statt inmitten einer Scene wilder Erregung. Der Landungsplatz war vollgedrängt von einer Menschenmasse, die begierig war, in das Goldland zu kommen, aber keinen Platz auf dem Dampfer hatte erhalten können.“

Und aus Seattle in Washington wird recht charakteristisch berichtet: Hier ist wieder ein richtiges Goldfieber, wie es Anno 1849 herrschte, ausgebrochen. „Wann gehen Sie nach dem Klondyke?“ ist die Frage, die einer an den andern richtet. Ex-Gouverneur Mac Graw wird mit dem nächsten Dampfer gehen. General Carr von der Staatsmiliz, der schon einige Jahre in Alaska zubrachte, macht sich auch wieder auf die Reise, Anwälte, Doktoren, Handwerker, Arbeiter, alles packt, um so bald als möglich nach dem Colorado zu gehen, Polizisten kündigen ihre Stellen und die Geschäftsleute fürchten, daß all ihre Arbeiter davongehen werden.

So sieht es augenblicklich in Amerika aus. Der englischen Regierung ist es natürlich sehr angenehm, daß die Goldfunde auf eng-

Tokales.

Prügelstrafen kommen noch immer auf der Herberge zur Heimath in der Domanenstraße vor. Wiederholt haben wir aus diesem christlich-humanen Institut Episoden geschickt, wo weit mehr Mitleid und Duldsamkeit, die Eigenschaften, die ein wahrer Christ besitzen soll, den reisenden Handwerksburschen gegenüber in Anwendung kamen, als vielmehr übertriebene Härte und was noch schlimmer ist, Prügel ausgeübt wurden. Von einem Augenzeugen wird uns mitgeteilt, daß er vor einigen Tagen vor der Herberge einen Mann antraf, der aus mehreren Wunden blutend mittheilte, daß ihm der Hausdiener in der christlichen Herberge diese Verletzungen beigebracht habe. Wir wollen gar nicht untersuchen, ob nicht unter Umständen zur Aufrechterhaltung der Ordnung es nöthig ist, einen Gast, der sich ungebührlich benimmt, zu entfernern; was darin wird man uns bestimmen, die Art, wie es geschieht, muß als durchaus verwerflich bezeichnet werden. Verkehren doch auf den Herbergen der Arbeiter täglich hunderte von Arbeitern, ohne daß es je zu Klagen, geschweige zu ähnlichen Ausfällen kommt. Es wäre notwendig, daß seitens der leitenden Gesellschaft darauf hingewirkt wird, dergleichen Szenen unmöglich zu machen.

Zum Rektor der Universität Berlin für das Studienjahr 1897/98 ist am Montag Nachmittag von den ordentlichen Professoren der Hochschule der Nationalökonom Prof. Schmoller gewählt worden. Schmoller war bereits einmal Rektor und zwar zur Zeit, als er der Universität Straßburg angehörte. Defau der theologischen Fakultät wurde Prof. Pfeiderer, der bekanntlich erst vor drei Jahren Rektor gewesen, Defau der Medizinischen wurde der Ordinarius für Kinderkrankheiten, Geh. Rath Prof. Haubner, der zum ersten Mal an dieser Universität als beratendes Amt bekleidet, Defau der philosophischen Fakultät Geh. Rath Prof. Köhler v. Stradonitz, der bekannte Archäologe und Direktor der Skulpturen-Galerie des Museums, und Defau der juristischen Fakultät der Lehrer des römischen Rechts, Prof. Pernice. Die Rektoratsperiode der jetzigen Magistrats-Geh. Rath Prof. Brunner läuft noch bis 15. Oktober, an welchem Tage die Einführung des vorgestern neu gewählten Rektors vorgenommen wird.

In dem zur Verbreiterung gelangenden Teile der Potsdamerstraße zwischen dem Potsdamer Platz und der Brücke sind jetzt, nachdem die Asphaltierung der südlichen Hälfte des verbreiterten Damms vollendet ist, die Arbeiten auch auf der westlichen Hälfte in Angriff genommen, zu welchem Zwecke das hier dicht am Bürgersteig liegende Pferdegeleise der Pferdebahn auf die andere Seite hinübergelegt wird, und zwar, um die neue Asphaltdecke zu schonen, auf eine Unterlage von dicken Holzbohlen. Während nun aber die Verbreiterung des Damms auf beiden Seiten nur je 150 Meter beträgt und der Bürgersteig dadurch eine kaum merkliche Verengung erhalten hat, springt der Damm in der Nähe der Brücke vor dem Hause Potsdamerstraße 22b, wo die Anrampung zur Brücke beginnt, in einem Winkel von 45 Grad schräg in den Bürgersteig hinein und verliert denselben ganz bedeutend. Hier muß nämlich der Damm eine größere Breite erhalten, weil bekanntlich die neue Potsdamer Brücke eine Doppelbrücke wird und somit für die Wagen nach beiden Uferbrücken hin eine breite und bequeme Zufahrtstraße geschaffen werden muß. Erklärlicherweise sind die in der Nähe der Brücke wohnenden Geschäftsleute über die bereits im Gange befindliche Anrampung keineswegs erfreut, weil dadurch der Bürgersteig eine ganz erheblich niedrigere Lage als der Damm erhält und er von diesem durch eine ziemlich hohe Mauer getrennt wird, was, wie befürchtet wird, auf den Gang der Geschäfte von sehr nachtheiligem Einfluß sein kann. Auch ist dort, wo die Steigung des Damms zur Brücke noch gering ist und deshalb der Bürgersteig mit erhöht wird, den Kellern durch die Aufschüttung fast alles Licht genommen worden.

Für die durch das Unwetter Beschädigten ist hier ein General-Komitee für ganz Deutschland in Bildung begriffen, an dessen Spitze sich die hiesigen städtischen Behörden stellen werden.

Glücklicherweise des Unfalls, der sich in der Dertel'schen Mühle, Gollnowstraße, ereignet hat, können wir heute mittheilen, daß nicht die betreffende Abtheilung der Unfall geschloffen wurde. Es wurde vielmehr, wie bei jedem derartigen Unglücksfall, an der Unfallstätte, also nur an dem fraglichen Prägefeld selbst, auf polizeiliche Anordnung alles so belassen, wie es zur Zeit des Ereignisses vorgefunden war. Da die Schuld eines Anderen ausgeschlossen ist, so wurde die Anordnung wieder aufgehoben.

Das Neuzische Aktienunternehmen ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, in eine Aktiengesellschaft verwandelt worden. Es werden 1 500 000 M. Aktien und 500 000 M. Prioritäten ausgegeben, von denen die Hälfte bereits in Hamburg untergebracht worden ist.

Das Urtheil im Prozeß v. Tausch-v. Lüchow ist gegen den Verurtheilten v. Lüchow nicht rechtskräftig geworden. Die Rechtsanwältin Dr. Goltz und Dr. Lubjanski haben bei der Schwurgerichtspräsidenten das Rechtsmittel der Revision eingelegt. Zur Verhängung seiner 1½jährigen Gefängnißstrafe wegen Verleumdung des Staatssekretärs Marschall v. Bieberstein und des Prinzen Alexander zu Hohenlohe ist vorgestern v. Lüchow nach Plöthen

ihrem Kolonialgebiet gemacht sind. Obgleich aber England durch die Ausbeutung des Goldbestandes nur gewinnen kann, sieht sich das Londoner Kolonialamt aber doch genöthigt, das Goldfieber etwas zu dämpfen. Es macht öffentlich auf die Gefahren des Aufstiegs in jenen weiten, unbewohnten Eis- und Felsengebirgen aufmerksam und theilt, um den nach den Goldfeldern strebenden englischen Auswanderern wenigstens unnöthige Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die richtigen nach den Goldfeldern führenden Wege mit. Es giebt deren zwei. 1. Im Dampfer nach Quebec (in Kanada, an der Ostküste Nordamerikas, nördlich von New-York) und von da über die Canadian Pacific Eisenbahn nach Victoria oder Vancouver (am Stillen Ozean, nördlich von St. Franzisko) in 15 Tagen, niedrigster Fahrpreis etwas unter 820 M.; von da mittels Dampfer zur Mündung des Yukon in Alaska, der vor dem 1. Juli nicht offen ist; den Yukon hinauf (1800 englische Meilen) dauert die Fahrt 18-20 Tage. Dieser Weg ist nur vom Juni bis September offen, und die Reise von England würde wenigstens sechs bis acht Wochen in Anspruch nehmen. 2. Im Dampfer von Victoria oder Vancouver über Juncos nach dem Ende des Bymekanal (ungefähr 1000 engl. Meilen von Victoria); von da über den Chilcoot- oder über den Whitepass nach dem See und den oberen Wassern des Yukon. Dieser Weg ist auch nur gangbar von Juni bis September, so lange die Wasser eisfrei sind; er würde 6 oder 8 Wochen von England aus in Anspruch nehmen. (Natürlich kann man auch über New-York und St. Franzisko reisen.) Das Kolonialamt betont außerdem, daß beide Wege lang und theuer sind und die Reise nur im Sommer unternommen werden kann; es sei zu spät, jetzt abzureisen, da auch unter den günstigsten Umständen die Winterfälle das Graben noch Gold unmöglich macht. Wer abreisen wolle, solle es Anfang April thun. Es solle aber niemand die Reise unternehmen, der nicht sehr gesund und kräftig und mit reichlichen Geldmitteln versehen sei. Um die Sicherheit zu erhöhen, sollen 80 Schutzens in das Gebiet geschickt werden. In den Staat sind zu zahlen der zehnte Theil des gefundenen Goldes, wenn dies in einer Woche nicht mehr als 2000 M. beträgt. Nach er mehr auf, dann ist der fünfte Theil an das Dominion of Canada zu entrichten.

Wir glauben, nicht mehr als unsere Pflicht zu thun, wenn wir die deutschen Arbeiter nochmals davor warnen, sich von diesem Goldfieber ebenfalls anstecken zu lassen. Wer in der Heimath noch irgend etwas zu hoffen hat, der bleibe hier. Denn sein kümmerliches Proletariatslohn ist der Sperling in der Hand, das Gold in den Bergen Alaskas aber in die Taube auf dem Dache. Und wer in der Heimath noch Liebe und Freunde hat, der bleibe da. Auch der lebendige deutsche Arbeiter ist noch besser daran, als der erfrorene oder erkrankte Goldgräber in amerikanischen Sibirien.

überführt worden. Er befindet sich, so wie sein Genosse Heinrich Ledert, im Mauthausen. Beide werden im August nächsten Jahres ihre Strafe verbüßt haben. Ledert ist bei der Albumfabrikation beschäftigt und beschäftigt die Metallbeschläge auf den Albumdecken.

Aus der Strafanstalt in Plöthen ist in der gestrigen Nacht ein dort intermitter Dachecker Georg Kling entwichen. Alle Polizeibehörden suchen auf den Flüchtling; in der Tegeler Haide wird eine Razzia veranstaltet.

Die für den Treptower Park so viel gefürchtete Rattenplage ist erentlicherweise ausgeblieben. Das Ungeheuer hat, nachdem ihm durch Schluß der Gewerbe-Ausstellung und Abriß der zahlreichen Gebäude die reichliche Nahrung entzogen, zum größten Theil den Park verlassen und die Ortlichkeiten in der Umgegend aufgesucht. Den zurückgebliebenen Thieren geht jetzt die Futterverwaltung zu Leibe. Zahlreiche Nester der Ratten sind ausgegraben und die jungen Thiere — mitunter waren 14-15 Stück derselben in einem Nest vorhanden — getödtet. Dagegen haben sich wilde Rattinnen in großen Mengen angesammelt, welche den Boden unterwühlen und dem Pflanzenwuchs erheblichen Schaden zufügen.

Das Neutral-Theater eröffnet am 15. August seine Pforten. Während der Vorbereitungen zur ersten großen Herbst-Revue, wird der Schluß der vorigen Saison den Anfang der diesjährigen bilden und noch eine Reihe von Aufführungen des burlesken theatralischen Quodlibets „Ein seltener Abend“ wird die Freunde der beideren Kunst zu Gast laden. Emil Thomas und die Herren Vollmann, Broda, Grünfeld, Ostberg, Felmerding, Dummel, Kaiser, Meyer und die Damen Cas, Göhrs, Seemann, Paula Worm und Blüsch werden sich zu einem guten Ensemble vereinigen.

Im Apollotheater hatte am Montag Abend das neue Programm ein voll befestigtes Haus herbeigeloht. Venus auf Erden wurde zum 88. Male vorgeführt und bildete noch immer ein Hauptreperertoirestück. Im inneren Gehalt wird das Stück kaum befriedigen können, aber Aufführung und Ausstattung zeugen von recht gutem Geschmack und Geschick. Die Spezialitäten - Vorstellungen boten einige recht hübsche Piecen. So erzielte eine junge Kammerängerin Fräulein Emily Michard, die über sehr hübsche Mittel verfügte, eine sehr glänzende Aufnahme beim Publikum und auch die sächsische Humoristin Elsa Krenala gab einige gut gelungene Sachen zum besten. Große Ueberraschung brachte der Rauchermeister Mr. Rudinoff, der auf einer von Rauch geschwängerten Emalietasche, nur mit den Fingern und einem kleinen Pinsel hantirend, so geschickt eine Landschaft hervorzauberte, daß man glaubte, eine Kreidezeichnung vor sich zu haben. Damit ist aber sein Talent noch nicht erschöpft, in überaus täuschend ähnlicher Weise ahmt er den Schlag der Nachtigal nach und schließlich erstreute er das Publikum durch seine Schattenspiele, die eine rege Theilnahme hervorriefen. Vor allem trat Herr Otto Reuter hervor, der über einen köstlichen Humor verfügt und mit dem Feingehörten in dem Aktuellen zu zeigen scheint. Besonders das Komplet, in dem die Anführung des Hirtens zum Stoff dienen mußte, entfaltete wahre Hochfluren, die nicht minder geschickt erfaßten, als auch der Kapellmeister Lud sowie der Direktor und sämtliche Spieler angeklagt wurden. Als eine tüchtige Akrobatengesellschaft zeigte sich die Manello-Marni-Troppe und schließlich mag der Kinetograph erwähnt sein, der wieder einige neue Sachen bot.

Nachdem die Töchter und Söhne der Wüste im Passagen-Panoptikum ihre Zelte abgebrochen haben, bemüht sich die Direktion bereits um einen Ersatz. Wie wir hören, soll sich eine neue Truppe wieder aus dem fernem Westen auf dem Wege nach Berlin befinden. Von heute ab wird das Interesse der Besucher auf einen ganz anormal entwickelten Menschen gerichtet sein. Auf den Anzeigen der Direktion wird dieser seltsame Gast „Mummienmensch“ genannt. Einen solchen Eindruck ruft auch tatsächlich der 24jährige junge Mensch namens Galtagna hervor. Von Gestalt überaus klein, glaubt man einen 14jährigen Knaben vor sich zu haben. Der eigenthümliche Zustand, den der junge Mensch darbietet, ist zum Theil angeboren. Die ganze Gestalt erscheint wie ein Gerippe, dem die Haut fest an den Knochen gewachsen ist und so eine unauflösbare Verbindung eingetreten ist. Eine Muskelbildung ist fast gar nicht vorhanden und die Knochen sind arg verformt, so daß jede Bewegung äußerst unvollkommen und mühsam ausgeführt werden kann. Der Kopf zeigt nahezu eine abschreckende Bildung; dabei ist die geistige Entwicklung des Menschen normal. Das geringe Körpergewicht von 48 Pfund wird einem Begriff geben von der überaus abgemagerten Gestalt. Seinem Geschlecht nach wird der junge Mensch von den Ärzten als geschlechtslos bezeichnet. Am 6. August, vormittags 10 Uhr, sind die Berliner Vereine von der Direktion besonders eingeladen, um den „Mummienmensch“, der in Paris so großes Aufsehen erregte, in Augenschein zu nehmen.

Zur Fieberwahn tödtete sich der 21 Jahre alte Pöhlitzhote Adolf Brenke aus der Zahnstraße 6 durch einen Sprung aus dem Fenster. Der junge Mann, der sich dem Polizeidienst gewidmet hatte, litt seit vier Tagen an der Gesichtstropfe und hatte hartes Fieber. In der vergangenen Nacht um 12 Uhr sah der Vater noch nach ihm und fand ihn schlafen. Eine halbe Stunde später stand der Kranke unbemerkt auf, widelte sich in eine wollene Decke und stürzte sich dem Fenster der Wohnung im vierten Stock auf den Hof hinab. Die wollene Decke war zum Theil an einem Latzenbaum hängen geblieben, der ein Hofgärtchen einfaßt. Man brachte den Schwerverletzten nach der Charité. Als man aber hier mit ihm ankam, war er bereits an einem Gehirnbruch gestorben.

Beim Spielen verunglückte Montag Nachmittag in der Badstraße die 4jährige Tochter des in der Suttmanstraße wohnenden Arbeiters Kleick. Die Kleine spielte mit einem Reifen, der ihren Händen entglitt und auf den Fahrdamm rollte. Das Mädchen eilte ihrem Spielzeug nach, und bei dem Versuche, den Reifen zu ergreifen, gerieth es unter einen Geschäftswagen. Das Kind erlitt schwere innere Verletzungen, sowie einen Bruch des rechten Unterschenkels und mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus überführt werden.

Zur Orientierung für Pfandleihen, Uhrmacher etc. hat das Polizeipräsidium die Anordnung getroffen, die Nummern der als gestohlen angemeldeten Uhren der Reihe nach geordnet in vierteljährlichen Listen zu veröffentlichen. Infolge der Liste für das Vierteljahr April, Mai, Juni sind in dieser Zeit 204 goldene Herrenuhren, ebenso viele goldene Damenuhren und 288 silberne Taschenuhren als gestohlen angemeldet worden. Wenn auch angenommen werden kann, daß sich unter diesen eine Anzahl verloren gegangener Uhren befinden, so dürfte doch der weitaus größte Theil der Uhren durch die Kunst der Langfinger ihre Besitzer unfehlbar gewechselt haben. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß bei der Kriminalpolizei am Alexanderplatz große Mengen Gold- und Silberfachen aller Art, Wäsche etc. lagern, von denen ein erheblicher Theil von den unbekanntem Eigentümern noch nicht reklamirt worden ist. Diese Gegenstände sind bei Hausdurchsuchungen in den Wohnungen von Mitgliedern der Diebstahlbande, welche lange Zeit den Norden brandstahlte, gefunden worden und wären zweifellos von Einbruchdiebstählen her. Der Kriminalpolizei wäre es erwünscht, wenn sich etwaige Bestohlene baldmöglichst melden würden.

Drei Berliner Buchmacher, welche dem Namen in Travemünde beigezogen hatten, wurden in einem Hotel zu Lübeck von der Polizei beim Spielen überrascht und festgenommen. Die Herren, welche schon in Travemünde Verdacht erregt hatten, wurden von Kriminalbeamten beobachtet und nach Schluß des Rennens bis nach Lübeck verfolgt, wo sie in einem Hotel verschwanden. Eyleser wurde nun überwacht und dabei nach Mitternacht noch Licht bemerkt. Die Polizeibeamten erklimmten daher eine Leiter und sahen durch einen Fensterspalt des betreffenden Zimmers, wie das Gold auf dem Tisch rolte. Um nun die Spielergesellschaft zu überraschen, zogen die Beamten die Nachtglöde des Hotels und gerieten sich als soden angekommen Fremde, welche um Unterkunft baten. Nachdem der Hausknecht in seiner Schlaftrunkenheit geöffnet, stürzten die Beamten an ihm vorbei und begaben sich ohne weiteres in das von ihnen vorher beobachtete Zimmer, wo sie außer den drei Berliner Buchmachern auch den Besitzer des Hotels bei einem Spielchen „Meine

Tante — deine Tante“ antrafen. Die Spieler wurden für verhaftet erklärt und zur Feststellung ihrer Personalien nach der Wache gebracht, während etwa 800 M. bares Geld, welches auf dem Tische lag, der Konfiskation anheimfiel. Der Vorfall dürfte natürlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Auf freier That ertappt und nach einer Jagd über mehrere Grundstücke hinweg abgeführt wurde in der vergangenen Nacht in der Dresdenstraße ein Einbrecher, der dem Konfiskationshändler Schlenhoff in der Adalbertstr. 1 einen unerbetenen nächtlichen Besuch abgestattet hatte. Als Schlenhoff um 1 Uhr früh nach Hause kam, hörte er, daß aus der Hinterstube seiner Wohnung jemand zum Fenster hinauskletterte, als er eben die Korridorthür öffnete. Auf seinen Alarm kamen der Großdeffilateur Kuschke und der Hausvorwarter Karmus, ein Kriminalbeamter außer Diensten, herbei und suchten mit Schlenhoff das Geschäftsalal und die Wohnräume ab. Als sie hier niemand mehr fanden, machten sie sich an die Verfolgung des Einbrechers. Dieser sprang von einem niedrigen Dache, auf das er beim Verlassen der Wohnung geklettert war, auf das Grundstück Dresdenstr. 4 hinab, dann kletterte er mit Hilfe eines Müllkastens über eine Mauer und einen eisernen Zaun hinweg auf das Grundstück Dresdenstr. 3 und drang hier in den Keller des Ostrichfabrikanten Blum ein, indem er eine Scheibe einschlug. Obwohl er sich hier mit Säcken zugedeckt hatte, fand man ihn doch am Gang einer Maschine. Sägespäne, die er aus einem Sack ausgeschüttet hatte, verriethen ihn. Auf der Wache des 48. Reviers wurde der Einbrecher festgesetzt als der 24 Jahre alte Tischler Max Beger aus der Admiralstraße 88. Er hatte bei Schlenhoff den Boden der Ladenkasse ausgekratzt und hieraus 15 M. Wechselgeld entwendet. Beim Aufhängen des Schloßes einer Kommode war er dann durch die Hintertür des Eigentümers geflüchtet worden.

Eine gefährliche Diebstahlbande, welche als Spezialität das Stehlen von Gasarmen und Kronen betreibt, und auf deren Konto jedenfalls die selbsterzielte gemeldete Gasexplosion in dem Hause Diekmannstraße 14 gesetzt werden dürfte, treibt gegenwärtig im Nordosten der Stadt ihre unheilvolle Thätigkeit. Gestern Nachmittag wurden in drei verschiedenen Häusern in der Weinstraße Gasarme und Gähne abgedreht, ja selbst eine Krone, die sich in dem Hausflur des Grundstücks Weinstraße 20b befand, wurde von den Gaunern abgedreht und mitgenommen. Die Diebe dürften jedenfalls noch jugendliche Personen sein, wenigstens ist ein 17- bis 18jähriger Mensch, der sich in der Gegend verdächtigungsweise umhertrieb, beobachtet worden.

Nach einer längeren Ruhepause hat die Diebstahlbande, welche vor etwa 6 Wochen in der Gegend der Münzstraße ihr unheilvolles Wesen betrieb, ihre Thätigkeit wieder aufgenommen. Nachdem vor einigen Tagen die Diebe einen Weinsteller in dem Hause Neus Schönbauerstr. 2 ausgeräumt, drangen sie gestern Nacht in die Geschäftslokalitäten des auf dem gleichen Grundstück befindlichen Papendosen-Ausstatters, erbrachen die Ladenkasse, deren Inhalt sowie einen Posten Zigaretten sie sich angeeignet. Da an demselben Tage auch ein dort wohnender Kaufmann einen Schlüssel zum Pferdehals vermisste, so hat es fast den Anschein, als ob die Diebe diesem Hause noch einen dritten Besuch abstatten wollen.

Die Nigarstraße, vom Balten-Platz bis zur Liebigstraße, wird behufs Neupflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Unfälle im Straßenverkehr. Vor dem Hause Leipzigerstr. 63a lief am Montag Vormittag die neunjährige Tochter des Ratschenermeisters Rickowig gegen einen Pferdebahnwagen der Linie Schleißische Brücke-Weidenstraße, geriet unter die Räder und erlitt eine erhebliche Quetschung des rechten Knies. — Trotz der Warnungsrufe des Aufsichters versuchte der Knabe Paul Härtel vor dem Hause Wilstr. 35 vor einer Droschke vorbeizulaufen. Er wurde überfahren und erheblich an der rechten Hand und an der linken Seite des Kopfes verletzt. Bei einem zweiten Unfall, der sich in der Kommandantenstraße zutrug, hatte sich die Ueberfahrzene, die Buchhalterin Anna Jennicke, ebenfalls selbst die Schuld zuschreiben, da sie blindlings, ohne auf die Zurufe zu achten, vor das Pferd einer Droschke lief. Sie wurde überfahren und glücklicherweise nur leicht verletzt, obgleich ihr die Räder über beide Unterschenkel gingen. — An der Ecke der Friedrich-Wilhelm- und Thiergartenstraße wurde abends die auf einem Fahrrad sitzende Radsportlerin Martha Werdermann durch eine vorbeikommende Droschke umgestoßen und überfahren. Sie erlitt erhebliche Verletzungen am linken Arm und am Oberschenkel und erhielt im Elisabeth-Krankenhaus einen Verband. — Von seinem eigenen Wagen wurde am Dienstag Abend vor dem Grundstück am Nordhafen 1 der Führer eines leeren Kohlenwagens überfahren. Der Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, fiel plötzlich so unglücklich vom Wagen herab, daß die Räder über ihn hinwegrollten. Ein Schuttmann brachte ihn in ein Krankenhaus, wo man sofort mehrere Rippenbrüche feststellte. Der Verunglückte ist an innerer Verblutung gestorben.

Unfallfälle. Am Dienstag Nachmittag stürzte aus dem Neubau der Volksschule in der Nigarstraße der 62 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Krause in eine etwa 2 Meter tiefe Kalkgrube und zog sich schwere Brandwunden am ganzen Körper zu. Er fand im Krankenhaus am Friedrichshagen Aufnahme. — In der Wilhelmstraße wurde der Maschinist Heinrich Wolf, der an Krämpfen leidet, hinfällig ausgefunden. Während ein Schuttmann mit ihm in einer Droschke nach einem Krankenhaus fuhr, war er bewußtlos. Bald nach der Ankunft im Krankenhaus erwarbte der Unglückliche und verfiel nun in Tobsucht, so daß man ihn seiner eigenen Sicherheit wegen fesseln mußte.

Aus den Nachbarorten.

Veranstaltungen. In Friedrichsberg findet am Donnerstag, den 5. d. M. eine Volksversammlung statt, auf die wir hiermit besonders aufmerksam machen. Näheres siehe Annonce.

Den Mitgliedern des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins in Rixdorf wird hiermit bekannt gegeben, daß die Versammlung in diesem Monat ausfällt.

Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins für Charlottenburg in dem Lokal Wilmersdorferstraße 114 statt. Die Mitglieder werden hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht.

Die kleinen Anschlußbahnen, die von den in einiger Entfernung von der Ostbahn entfern liegenden Städten erbaut worden sind, um eine bequemere Verkehrsverbindung mit der Bahn zu erhalten, werden bei den älteren Bewohnern dieser Städte eigenartige Erinnerungen nach an die Zeit vor 40 Jahren, als die Ostbahn gebaut wurde. Damals bemühte sich der Staat als Erbauer, dieser Bahnlinie vergeblich, von den Städten irgend ein Entgelt zu erhalten; die Städte vernahnten sich entschieden dagegen, daß der gefährliche Eisenbahnbetrieb zu nahe an das Stadtgebiet herankomme. Unter den Städten in der Nähe Berlins, die sich bei der etwas später hergestellten Strecke Berlin-Rüchlin in dieser Weise bewahrten, gehörten namentlich auch Straußberg und Buckow. Heute haben beide besonders Anschlußbahnen erbaut und würden sehr glücklich sein, wenn die Hauptbahn näher an ihre Stadtgrenze läge. Es erscheint auch den älteren Bewohnern von Straußberg als eine Art Wiedervergeltung, wenn jetzt das Gesicht ihrer Stadtverbreiterung, den Ausgangspunkt des Vorortverkehrs nach dem Bahnhof der Anschlußbahn in der Stadt Straußberg zu verlegen, von der Eisenbahnverwaltung abgelehnt wird; man empfindet dies als Strafe für die frühere ablehnende Haltung gegenüber dem Bahnbau; die Buckower, die sich eigentlich in diesem Punkte in ganz ähnlicher Lage befinden, wie die Straußberger, sind in hoffnungsvoller Stimmung; sie trauen der Bahnverwaltung keine derartige Wiedervergeltung zu und nehmen vielmehr an, daß der ablehnende Bescheid an die Straußberger lediglich von der Erwägung diktiert sei, daß in nicht zu ferne Zeit der Vorortverkehr auf der Ostbahn bis Buckow ausgedehnt werden dürfte. Die Eisenbahnverwaltung aber verhält sich zu diesen von ihr geweckten Empfindungen gegenüber kühl bis auf Derg hinan!

Soziale Rechtspflege.

Zur Begründung einer bisher unbekanntem Krankheit führte ein Kreislauf, den der Caissionarbeiter Wehr gegen die Tiefbau-Berufsgenossenschaft angestrengt hatte. Arbeiten unter Wasserläufen zc. werden bekanntlich in sogenannten Caissons bei außerordentlichem atmosphärischen Druck ausgeführt. Wehr hatte nun unter einem Druck von etwa zwei Atmosphären unter der Wasserhülle eines Flusses gearbeitet und war eines Tages beim Heraus-treten aus dem Aufschlüssen erkrankt. Seine Erwerbsfähigkeit schwand bald darauf gänzlich. Die Merkmale seiner Krankheit waren Schwäche in den Beinen und Schmerzen im Rücken und im Nacken. Wehr verlangte demnach eine Unfallrente, wurde aber in den beiden ersten Instanzen mit der Begründung abgewiesen, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege. Auf den Rekurs des Klägers hörte das Reichs-Versicherungsamt zunächst mehrere medizinische Autoritäten. Diese nahmen bei der Begründung der eigentümlichen Krankheit die Blaufäule zu Hilfe. An den benutzten Tieren traten Lähmungserscheinungen auf, wenn sie sich einige Zeit in geschlossenen Behältern unter größerem Druck befunden hatten und dieser Druck mehr oder minder plötzlich vermindert worden war. Die näheren Ursachen stellte man dann bei der Sektion der toten Tiere fest. Die Professoren kamen zu folgendem Resultat: Das Blut nähme bei hohem Druck aus der atmosphärischen Luft Gas in sich auf. Durch die Herabsetzung des Druckes werde das im Blute gelöste Gas wieder frei und werde vom Blutstrom in Gasform als Fremdkörper mitgeführt und verstopfe, je nachdem, die arteriellen Blutgefäße. Infolge davon sterbe das Gewebe der betroffenen Stelle ab, da hier die Blutcirculation unterbrochen werde. Werde das Rückenmark in Mitleidenschaft gezogen, dann träten die Lähmungen ein. Die Gutachter nahmen an, daß bei Wehr die Erkrankung in gleicher Weise erfolgt sei. Während der Arbeit im Caisson sei der Gas-lösungsprozeß vor sich gegangen und infolge der ziemlich plötzlichen Temperaturänderung beim Verlassen der Vorrichtung habe die geschädigte Einwirkung auf die Blutcirculation stattgefunden, deren weitere Folge dann die Erwerbsunfähigkeit Wehrs gewesen sei. Die Ärzte waren der Meinung, daß die Gesundheitschädigung im Zeitraum weniger Minuten eintrete. Wegen dieser Pflöchlichkeit der Einwirkung erkannte das Reichs-Versicherungsamt das Vorliegen eines Betriebsunfalles an und verurteilte die Tiefbau-Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung.

Gewichts-Beitrag.

Laute Senfzer und heftiges Schlingeln begleiteten eine Gerichtsverhandlung, welche gestern die Ferienkammer des Landgerichts I beschäftigte. Diese Zeichen des Schmerzes und der Verzweiflung kamen aus dem Zuschauerraum, wo eine ganze Anzahl von ausländischen Frauen ängstlich auf einen Richterspruch, der über das Schicksal ihrer Kinder entscheiden sollte, warteten. Auf der Anklagebank saßen 13 junge Männer, von denen erst 2 über 18 Jahre alt waren. Die übrigen waren 15-17jährige Arbeiterburschen, Handwerker- und Handlungslehrlinge. Die Anklage lautete auf bandenmäßigen Diebstahl und beschuldigte die Angeklagten, nach festem Plane und vorheriger Verabredung in der Zeit vom November 1896 bis April dieses Jahres eine große Anzahl von Automaten-Rästen auf dem Potsdamer Bahnhofe und den verschiedenen Stationen der Stadtbahn, wie Alexanderplatz, Friedrichstraße, Charlottenburg, Schwanendamm, Wilmersdorf, ferner auch die in der Linden- und Kurfürsten-Gallerie aufgestellten Automaten geplündert zu haben. Die Verteidigung behauptet, es handle sich um sogenannte Dummejungen-Striche, bei denen eine Tracht Prügel besser am Platze wäre, als mehr oder minder lange Gefängnisstrafen. Das Bild, welches die Verhandlung darbot, bestärkte in gewissem Sinne diese Auffassung. Der Hauptbeteiligte der Gesellschaft, ein gewisser Urban, hat sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht; er soll angeblich nach Holland entflohen sein, tatsächlich aber sich in Hamburg umhertreiben. Dieser Urban entdeckte eines Tages, daß einer seiner Schlüssel zu den Automaten-Rästen, die auf zwei bisseigenen Wohnhöfen aufgestellt waren, paktete. Er machte sich diese Entdeckung zu Nutzen und beraubte mit Hilfe der Angeklagten in einer großen Anzahl von Fällen nicht nur jene beiden, sondern auch die auf den übrigen Wohnhöfen aufgestellten Apparate. Die Plünderung ging gewöhnlich so vor sich, daß einer der jugendlichen Spitzbuben, der von zwei anderen „gedeckt“ wurde, sich den Anschein gab, als wolle er gegen die Besatzung des erforderlichen Zehnpennig-Stückes die bekannte Chokoladentafel aus dem Apparat ziehen, tatsächlich aber das Schloß öffnete und schnell das im Rasten vorhandene Geld an sich nahm. Große Schätze haben die Angeklagten gewöhnlich nicht vorgefunden, es handelte sich vielmehr immer nur um einige Zehnpennigstücke. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß für derartige Thaten Kapfenlöcher denn doch eine zu gelinde Strafe sein würden, da es sich hier um Verbrechen handle, die mit

großer Frechheit ausgeführt seien und die öffentliche Ordnung und Sicherheit besonders gefährden. Wenn der Staatsanwalt auch den erschwerenden Umstand der bandenmäßigen Verabredung fallen ließ, so beantragte er doch gegen die beiden Strafmißthäter, nämlich den Konditor Theodor Sachs und den Konditor Wilhelm Achilles zwei Jahre bzw. ein Jahr Gefängnis, gegen 6 Angeklagte mehrmonatige Gefängnisstrafen, gegen den noch jugendlichen Lehrling Wilhelm Eckel, der nicht weniger als 20 solcher Diebstähle ausgeführt hatte, zwei Jahre Gefängnis, gegen die übrigen Freisprechung bzw. Verweis. Der Angeklagte Achilles hatte, wie die Verhandlung ergab, auch noch einen recht verkommenen Betrug ausgeführt: Er hatte sein Fahrrad bei der Gesellschaft „Germania“ gegen Diebstahl versichert, das Rad eines Tages als gestohlen angemeldet und die Versicherungssumme in Höhe von 210 M. ausgezahlt erhalten. Der Direktor der Versicherungsgesellschaft schöpfe aber Verdacht, er ließ Achilles beobachten und stellte fest, daß diesem das Rad garnicht gestohlen worden war. — Der Gerichtshof ließ die Jugend und Unbescholtenheit der Angeklagten als mildernden Umstand gelten und blieb in seinem Urteil hinter dem vom Staatsanwalt beantragten Strafmaß zurück. Die Angeklagten Sachs und Achilles, als die ältesten, wurden zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Von den übrigen Angeklagten wurden drei freigesprochen, drei kamen mit einem Verweise davon, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen, die sich nach Monaten berechneten und zum Teil durch die Unterhaftung als verbüßt erachtet wurden.

Der Dieb als Gärtner. In der Markthalle in der Kreuzstraße kamen im Dezember v. J. viele Diebstähle vor, über deren Art der Ausführung man völlig im Unklaren war. Der Schlichtermeister Barlow besch in der Halle einen Stand. Der Verkaufstisch enthielt eine verschließbare Schublade, in welcher Barlow während der Nacht das Wechselgeld aufbewahrte. Wiederholt stellte Barlow fest, daß Beträge von 5 bis 6 Mark an dem Wechselgelde fehlten. Die Diebstähle mußten während der Nacht begangen sein, denn sie kamen auch vor, wenn Barlow es so einrichtete, daß er abends der letzte und morgens der erste in der Halle war. Eines Morgens bemerkte er, daß die Marmorplatte des Verkaufstisches verschoben war und nun sah er zu seiner Überraschung, daß die Platte sich herausziehen ließ. Das Näthsel war gelöst, der Dieb konnte von oben in den Raum greifen, in welchem sich das Drahtförchen mit dem Wechselgelde befand. Die Diebstähle hatten besonders diejenigen Personen benimmt, welche während der Nacht Zutritt zur Halle hatten, einer dieser Aufsichtsberechtigten mußte der Thäter sein. Es stellte sich heraus, daß es der Portier der Halle, Friedrich Swaniger, war. Er war von dem Arbeiter Jahn dabei ertappt worden, als er in einer Nacht die Marmorplatte in dem Barlow'schen Stande herauszog und den oberen Raum durchsuchte. Jahn sei sehr verlegen geworden und habe Laun die Worte hervorstottern können: „Sehen Sie mal, die Platte läßt sich heraus-schieben.“ Es wurde angenommen, daß Swaniger alle Diebstähle begangen habe. Trotz der schweren Verdachtsmomente wurde er vom Schöffengericht freigesprochen, da er angab, daß er sich in der fraglichen Nacht nur davon habe überzeugen wollen, ob Barlow wirklich auch Geld in der Schublade aufbewahre. Er habe nämlich nie geglaubt, daß die Diebstähle überhaupt begangen seien. Die Schublade habe denn auch keinen Pfennig enthalten. Das Schöffengericht hielt es nicht für ausgeschlossen, daß der Angeklagte den angegebenen Zweck verfolgt habe. Anders urteilte die Vernehmungskammer, welche an der Schuld des Angeklagten nicht zweifelte, sondern ihn zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. Das Kammergericht hob das Urteil wegen eines Formfehlers auf, worauf die Sache gestern nochmals vor der zweiten Ferien-Kammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Das Ergebnis war dasselbe wie in der Vorinstanz, es blieb bei den 3 Monaten Gefängnis.

Verksammlungen.

Sattler und Tapezire. Am 31. Juli fand eine Mitglieder-versammlung der Filiale I des Verbandes der Sattler und Tapezire statt, in welcher der Kassirer die Abrechnung vom II. Quartal gab. Es betragen die Einnahmen 108,24 M., die Ausgaben 166,78 M., mithin Bestand 49,51 M. Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 392. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Unter Verschiedenem machte Landhausen bekannt, daß er das Amt als Vorsitzender niederlegen müsse, bis permanentes Arbeitslosgeld ihn dazu. Er bittet gleichzeitig die Versammlung um eine Neuwahl. Da dies jedoch nicht auf der Tagesordnung stand, wurde es bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schluß machte uns Kollege Blum noch mit dem Entwurf des des bayerischen und sächsischen Kriegsmilitärs betreffs Abschaffung der Hausindustrie bekannt. Das Schreiben bedt sich sehr wörtlich mit dem des preussischen Kriegsmilitärs.

Schöneberg. Für Montag, den 2. August, hatte der Arbeiter-Bildungsverein das Thema auf die Tagesordnung gesetzt: Richard

Wagner, ein Revolutionär auf dem Gebiete des Kunstlebens. Der Referent, Abg. Runert, wandte sich zuerst polemisch der bis auf dürftige Reste zusammenschmolzenen offenen und verdeckten Wagner'schen Gegnerschaft zu, welche auch entfernt nicht in der Lage sei, den Siegeslauf des musikalischen Dramas aufzuhalten. Dann verweilte er ausführlich bei der künstlerischen Persönlichkeit Wagner's, indem er die hohe Bedeutung desselben als Poet, als Musiker, als Dichter-Komponist und schließlich als revolutionärer Künstler nachwies. Zum Schluß entwarf der Redner ein Bild, welches Wagner als Menschen und Schriftsteller zeigte. Bei den letzteren Darlegungen stütze sich der Vortragende besonders auf die Wagner'schen radikalen Anschauungen über „Oper und Drama“, „das Kunstwerk der Zukunft“, und „Kunst und Revolution“.

Den mehr als zweifelhafte Ausführungen folgten die Versammelten von Anfang an mit sichtlichem Interesse und einer Aufmerksamkeit, welche trotz der Schwierigkeiten des verhandelten Gegenstandes bis zum Schlusse nicht nur vorhielt, sondern wuchs. Die Versammlung erklärte sich hierauf in einer Resolution mit dem Referenten einverstanden, sie erklärt sich ferner gegen die in einem Feuilleton-Artikel der Unterhaltungsbeilage zum Ausdruck gekommene Beurteilung der Wagner'schen Musik. Nach Annahme der Resolutionen wurden einige Vereinsangelegenheiten zur Sprache gebracht. Man setzte fest, daß die nächste Versammlung am 16. August im Restaurant Obst stattfinden solle. Als Tagesordnung wurde eine „Wochenschau“, Referent Genosse Meiling, in Aussicht genommen. Nach 8 1/2stündiger Dauer wurde die Versammlung nach 12 Uhr von dem Vorsitzenden, dem Genossen Köster, geschlossen.

Schöneberg. In der öffentlichen Versammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter vom 1. August hielt Obst einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Die Abrechnung des Vertrauensmannes wurde durch die Redatoren bestätigt, worauf demselben Decharge erteilt wurde. Demnach werden die Kollegen, welche noch im Besitz von rückständigen Kongresslisten sind, im „Arbeiter“ aufgefordert werden, dieselben herbeizuschaffen. Unter „Verschiedenem“ machte Kollege Müller bekannt, daß das Stiftungsfest der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, Zahlstelle Schöneberg, am 29. August im Volksgarten zu Wilmersdorf statt findet.

Witterungsübersicht vom 3. August 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stos 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (oben) und Fahrenheit (unten).
Swinemünde	765	NO	4	wollenlos	19
Damberg	767	NOB	1	wollenlos	20
Berlin	764	NOB	3	bedeckt	18
Miesbaden	766	N	1	halb bedeckt	19
München	765	N	2	Nebel	15
Wien	760	NOB	3	halb bedeckt	17
Papayanda	763	S	2	wollenlos	15
Verderburg	—	—	—	—	—
Gort	767	SO	3	halb bedeckt	18
Aberdeen	770	N	1	bedeckt	15
Paris	766	O	2	Nebel	17

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. August 1897.
Bleibt und ziemlich heiter, bei mäßigen nördlichen Winden; feine oder unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet während der Herbstferien am Dienstag und Freitag Abend von 6-7 1/2 Uhr statt. **Hilfsort 1000.** Sie können sich auf den früher geleisteten Offenbarungsbüchern und die abermalige Leistung ablesen. — 898. 1. Nur für 2 Monate, in der Höhe zulässig. 2. Ja. — Wolters. Da die allgemeine Unternehmung vorliegt, ist gegen das Verfahren nichts zu machen. — C. Gurlow. Sie können auf Zahlung des Restausgelobtes klagen und auf Grund des Urteils das Grundbuch dann lasten lassen. — 2. 931. 1. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt mit dem Antrage, die nachträgliche Entlebung bewirken zu lassen. 2. Ja. 3. Nein. 4. Unter 1 beantwortet.

Einwanderer der Charlottenburger Neuen Zeit. 1. Selbstverständlich ist und war Professor Platter in Zürich niemals Mitglied der sozialdemokratischen Partei, weder in Österreich, weder in Preußen, noch in der Schweiz, wo er wirkte, noch im Deutschen Reich, über dessen Fundament er urteilt. 2. Bei dem Material, das wir über die Bestimmungsberechnungen des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums besitzen, brauchen wir nicht die von Ihrer Zeitung eintreffende Rede aus dem Jahre 1899 zu übernehmen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 4. August:
Neues Igl. Operntheater (Kroll).
Ultime. 7 Uhr.
Verlierer. Das Glas im Winkel. 7 1/2 Uhr.
Veffing. Die Gelfa.
Wefken. A Basso Porto (Am unteren Saale). 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr.
Chend. Unsere Reichspost. 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshindliches.
Schumann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verfallenes Weib. Belle-Alliance. Spezialitäten. 8 Uhr.
Apollo. Venus auf Eden. 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 118.
Kasseler Allee 97-99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Anstaltungsburleske mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Ludwig Weber, Dumorch, Robert Hill, Operett-Sänger. Vette Rannan, Miniat.-Soub. Geschwister Grueho, depp. Sel. Barbarina's Ballet. Mrs. Trudo, Luftpompour.
Kinematograph! (lebende Photograph.) neue Serien. Großer Saal.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Reserv. 50 Pf.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Dr. J. Gisek.
Vollständig neues Programm!
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Burleskopantastische Operette in 1 Akt von Volten-Dollers, Musik von Paul Linde.
Um 10 Uhr:
Otto Reutter.
Kasseler-Operette in 1 Akt.
Konzert 7 Uhr. Anf. d. Vorstellung 8 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Nur noch kurze Zeit:
30 Kinder der Wüste.
Vorstellung 12, 5, 7, 9 Uhr.

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal):
Täglich:
Stelliner Sänger
(Mehjel, Pietro, Britton, Zieldl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)

Castan's Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die größte Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.
mit Vabengeld! in jeder Tobeschloß billig zu verkaufen, Ufe d o m fr. 2.

W. Noack's Theater
Brannen-Strasse 16.
Täglich:
Konzert u. Theater-Vorstellung.
Großer Saal! Großer Saal!
Flotte Bursche.
Romische Operette in 1 Akt von Franz v. Supp.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
im Saal: Großer Saal.
Mag. Brande, Opernsänger, Schorff's Hofkapell, Originalkomiker, Ulrike Wagner, Konzert-Sängerin, Geschwister Lehmann, Duettsänger, Mr. Herénci, Schattens-Bantomist, Mr. Carlo mit seinen dreizehn Hunden u. Katzen; Pietro-serpentino lauzende Händchen.

Actien-Brauerei Friedrichshain.
Se te, Mittwoch:
Weichhold-Konzert.
Kapelle des Berliner Bat. v. Rauch (Brandenb. R. 3) in Uniform.
Anfang 7 Uhr.
Programm unentgeltlich.
Im Nebenlokal: 12353 L.
Familienkränzchen.

Banflempererei
mit Vabengeld! in jeder Tobeschloß billig zu verkaufen, Ufe d o m fr. 2.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf von frisch gef. Fleisch.
Schweinefleisch pro Pfd. von 30 Pf an, 40 Pf. [2135 L.]
Verwaltung der Kochanstalt Stadt, Schlachthof

10. durchgesehene und verbesserte Auflage.
Leins von Hajarath.
Historische Studie von Georg Lommel.
Eine wirksame Schrift im Aufklärungskampfe.
Preis 30 Pf.
Gegen Einsendung von 35 Pf. in Marken durch unterzeichneten Verlag, sowie durch alle Kolportage- und Buchhandlungen.
Nürnberg. Würlein & Comp.

Arbeitsmarkt.
Tätige, selbständige Kampfschlichter und Schlichter verlangt.
Ed. Pauls, SW., Tempelhoferufer 10.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomia: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saal: Großer Saal bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeekeche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Achtung! Achtung! Solzarbeiter.
In der Fabrik von Döhler u. Schwan. Gr. Frankfurterstr. 16 haben 18 Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zugang ist erzwungen.
In der Rüdenmännel-Fabrikerei von Henkel & Netband, Anhalterstraße 33, dauert der Streik fort. 109/10

30 Manfells
auf bessere Chancen bei 3.10, 3.30, 3.50 bis 4.00 M. Arbeitslohn und 25 Pf. Werbestadt-Bergütung per Stund sofort verlangt
377b
H. Holz & Co.,
Rarygrabenstraße 43/44.
(Wendemannmarkt.)

Goldlesten.
Erhöhter Preis wird verlangt
Kottbusdamm 100. 3421b

Karion-Arbeiterinnen. gelbt, verl
H. Wolf, Neue Friedrichstr. 48.

Huffacon-Ziher
verlangt sofort Max Stein, Stall-schreiberstr. 27/28, Hof 1. St. [3440b]
2 Tischlergef. auf Bau verl. Schrader, Friedrichstraße, Berlinerstr. 21.
Hausierer, Straßenhändler,
Händchen, verdienen durch leicht verkäuflichen Massenartikel, kostengünstige Toiletteartikel mit Baumarkt. Verkaufspreis 5, 10, 15, 25, 35 Pf.
Compagnie Orienta,
Hofentwässerstr. 49 III.
Ein tüchtiger Nagelenschweiber
wird verlangt. Offerten unter C. 2 an die Exped. d. Bl. 3441b
Arbeiterin auf Wäbchen-Wäntel verl. Boeder, Wilmersdorferstr. 45

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Branchen-Versammlung der Drechsler
am Mittwoch, den 4. August 1897, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Stadernack, Inselstr. 10, v. II.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohnbewegung der Baudrechsler und wann gebeten dieselben die Forderungen zu stellen? 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Baudrechslers, pünktlich zu erscheinen.

Versammlung der Küchenmöbel-Branche

Donnerstag, 5. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Buße, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei Hensel u. Wegand, Anklamstr. 33. 2. Die Wanner wie die bessere Geschäftsfunktion ausnutzen? 3. Diskussion.

Branche für Labeneinrichtungen

am Donnerstag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Lage in der Branche. 2. Diskussion.
Es ist Pflicht aller in der Branche beschäftigten Kollegen, zu erscheinen.
109/13 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Former! Achtung!

Donnerstag, 5. August, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Große öffentliche Versammlung der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:
1. Die Beendigung des Streiks bei der Firma v. Grunow u. Komp. und Bericht der Kommission. 2. Der neu ausgebrochene Streit bei den Herren Köhlermann und Sommergerath, Rühnemann, Gartenstraße. 3. Richterstattung. 4. Diskussion.
Wegen der Wichtigkeit der Sache ist es unbedingt nötig, daß Ihr alle Mann für Mann am Platze seid!
61/19 Der Einberufer.

Lithographen Berlins und Umg.

Wittwoch, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. No. 20:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Sonderbestrebungen der Lithographen. Referent Kollege Tischendorf. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.
In anbetragt der Wichtigkeit der Versammlung werden alle Lithographen Berlins und Umgegend dringend ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Einberufer: Albrecht, Lithograph.
102/2

Sozialdemokratischer Wahlverein für Cellow-Preiskow-Storkow-Charlottenburg

Donnerstag, den 5. August, abends 8 Uhr:

General-Versammlung in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstr. 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Entwidlung der Kulturstaaten“. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht und Bericht des Vorstandes. 4. Wahl eines Abteilungsleiters für den 7. Bezirk. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
250/10 Der Vorstand.

Friedrichsberg.

Donnerstag, den 5. August d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Rudolphs Müller's Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 86:

Grosse Volksversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Junger und die Landtagswahlen“. Referent Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. 2. Diskussion.
Für Deckung der Unkosten wird 10 Pfennig Entree erhoben.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Vertrauensperson.

Der Landarbeiter

was er war, ist und sein wird.

Von Eduard Adler.
Preis 50 Pf. 130 Seiten Großformat.
Inhalt: Aus der Geschichte der ländlichen Arbeit. Die Entstehung der Landarbeiter. Die Erzeugung von Landarbeitern dauert fort. Der Landarbeiter in der heutigen Gesellschaft. Arbeitsverhältnisse und Einkommen in den verschiedenen Staaten Deutschlands. Die Sozialempfänger. Was lehren die bisherigen Angaben? Die Arbeitszeit. Das Recht der Landarbeiter (Die Gesetze-Ordnungen). Die Zukunft der Landarbeiter.
Obige Broschüre ist für die Landagitation unentbehrlich.
Verlag der Gutenberg-Buchdruckerei Halberstadt.
Kommissionsverlag v. H. Baake, Berlin, City-Passage.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen.
[2096b]

Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Züb.-Cien).

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. August d. J., verstarb das Blüthige

Ernst Geiseler
an der Proletarierkrankheit.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 4. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 216/7
Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Fertige Garderobe!

Sehr elegant, vom Raachschneider gearbeitet, Anzüge zu 20, 23, 25, 28 bis 35 R. liefert **Tomporowski**, Schneidemeister, Lindenstraße 37, I., sein Laden. — Bei Raach-Garderobe auch Theilzahlung gestattet. 2194/2

Ältere zurückgesetzte Muster

gelangen vor Beginn der Saison zu meinen allbekannt

billigen Preisen zum Ausverkauf

und zwar **Teppiche**

Portièren

Gardinen

Tisch- u. Steppdecken

Läuferstoffe, Plüsch

und Sophasoffen,
ausreichend zu bezügen.
Wie alljährlich bietet sich auch diesmal den geehrten Damen eine günstige Gelegenheit zum ansehnlich billigen Einkauf.

J. Adler

Teppichhaus,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Besuch ohne Kaufzwang erbeten!

Costume-Röcke,

elegante Façons,
aus Loden, Cheviot, Alpaca u. Fantasiestoffen

M. 7,50; 9,—; 12,—; 15,— bis 30,—
In reiner Seide M. 21,—; 25,—; 30,—; 36,— bis 72,—

Seidene Blousen M. 7,50; 9,—; 12,—; 15,—; 21,— bis 39,—

Auch Anfertigung nach Maass.
Fabrik: M. Adler,
Berlin, Brüderstr. 4.
Verkauf 1 Tropp. [3390b]

Steppdecken

eigener Fabrik.
160 cm breit, 2,10 m la.

reine Wolle
in allen Farben,
WZ. 5,50, 6,50, 8, 10, 12-15.

Doppelseitige Creton- sowie Schlafdecken, etwas feinerhaft, 1,50, 2, 3-10 Mark.

J. Adler

Teppich-Haus,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Darlehen o. Bürgsch. gewährt d. „Sparkasse“ d. Schles. Credit- u. Hyp. Bankgesch. K. K. rullus, Breslau. Statut geg. 40 Pf.

Abfälle, Kupfer, Messing, Zink, Eisen, auch kleinste Posten, samt Brandenburgstr. 20, I., Aufschaffen, Plagen, Eingaben
Putzger, Steglitzerstr. 65.

Hiermit machen wie allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau nebst Kind, unsere gute Tochter und Nichte, Tante und Schwägerin
Emma Edert, geb. Zühlke,
am 2. August, nachmittags 1/4 Uhr, am Rindfleischberg sanft entschlafen sind.
Die Beerdigung findet am 4. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Kolbergerstr. 15, aus nach dem Friedhofe der Dankestraße, Tegelestr. 11, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Reisekoffer, Betten, spottbillig Pfandleihe Reanderstr. 6.

Bahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tollerster Ausführung v. 3 R., Plomben v. 2 R. an. Schmerzlos, Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Vachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung usw. in höchster Vollendung, Woche 1 R.

Guckel, Kaufm. Platz 2, Gieselerstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Dr. Simmel, Moritzplatz, 1. Haus v. Wöhringer Spezialarzt f. Haut u. Gornfelden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. * **Oiga Jacobson**, Invalidenstr. 145.

Aluminium-Gebisse, Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark.

Kautschuk-Gebisse, Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark. Plomben 1,50 R., Zahnziehen 1 R. Schmerzlos ziehen eines od. mehrerer Zähne (Vachgas od. Chloroformlösung) im Beisein eines Arztes 6 Mark.

Waldemar und **Reinhold Haupt**, Brunnenstraße 18 II, Frankfurterstraße 113 II.

Nährsalz für Säuglinge zur besseren Verdauung d. Milch v. 30 Pf. an. Allein z. haben d. **M. Graefe**, Berlin N., Stettinerstr. 63, Ecke Vachstr.

Am 1. August hat 2286/2

Herr E. Hagedorn die Leitung meiner

Rohtabak-Filiale Skalitzerstr. 129 über-

nommen. **Emil Berstorff**.

Achtung! 4 Säle zu Versammlungen und Vereinstreffen. [22482] Alexanderstr. 27c (Engl. Garten).

Vereinshimmer noch einige Tage frei. **Rauaystr. 86.** [2260b]

Möbel auf Theilzahlung. **J. Kellermann, Jakobstr. 26.**

Möbel

In jedem Stil und jeder Holzart außerst billig, auch auf Theilzahlung. Hr. Lager gebrauchter und verlebter geneener Möbel 2281/2

Oranienstr. 73.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 21. Bestgelegene Fest-Säle Berlins, empfiehlt den geehrten Vereinen Sonntagabends und Sonntag zu allen Gelegenheiten unentgeltlich. 2189/2

Heinrich Metzner junior. Neue Heizung! Neues Licht!

Mundt's Saal. Ang. Ernst Gründer. Köpcke'sche Str. 100. Fornsprocher Amt VII 39. Täglich: **Grosser Ball.**

Saal und Vereinszimmer stehen den Vereinen unentgeltlich zur Verfügung. 2256/2

Eckdestillation, Vereinszimmer für ca. 60 Personen, verstellb., gangbares Geschäft, an einen Parteigenossen für den Inventarpreis billig zu verkaufen. **R. D. n. e.**, Hornbörcherstr. 5. [3444b]

Von der Weisse zurückgeführt **Dr. P. Christeller, Arzt.** An der Stadtbahn 21.

Schweizer Garten.

Am Königsth. Haltestelle d. Pferdebahn. Am Friedrichshain. Neues Riesen-Programm!

Ein Sportfest in Wusterhausen.

Große Ausstattungs-Operetten-Burleske. **Sarrasani's arkomisch dressirte Thier-Familie.** Im Saale: **Grosser Ball.** — Volksbelustigungen aller Art. — Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf. Im September ist nur noch ein Sonntagabend zu vergeben.

Neue Welt, Hasenhalde.

Jeden Mittwoch: **Großes Grntefest** mit großen Umzügen, Gratisverlosung, Spezialitäten-Vorstellung, Marionetten-Theater und Kinderbelustigungen aller Art. Entree 15 Pf. Vorverkauf 10 Pf. Anfang 4 Uhr.

Ostbahn-Park

Am Küstriner Platz **Hermann Imbs.** Am Küstriner Platz Am Mittwoch, den 4. August 1897:

Große Gala-Benefiz-Vorstellung

für die Duettisten **Hulda und Otto Decker.** Großes sensationelles Programm. u. a.: **Berlin, wie es baut und bracht.** Fackelpolonaise. Sommernachts-Ball.

Treptow, Viktoria-Garten,

früher Kämpel, Haltestelle der elektrischen Bahn. Jeden Mittwoch: **Gr. Kinderfest.**

Grosse Verlosung. **Kasperle-Theater.** Bonbonregen. Fackelpolonaise. Pantomime und Geleit. Belustigungen aller Art. Von 2 Uhr an Kaffeeküche. 11 Regalbahnen. Hierzu ladet ergebenst ein [20570/2] **Fritz Braun.**

Grand Restaurant Karpfenteich, Treptow.

Donnerstag, den 5. August: **Grosser Sommernachts-Ball.**

Im Garten **Konzert** bei freiem Entree. Kaffeeküche und Regalbahnen stehen den geehrten Herrschaften zur Verfügung. [3445b] Es ladet ergebenst ein **Wirth, Bräuer.**

Lungenkranke.

Donnerstag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, erklärt Naturheilkundiger **Grundmann** im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c. Die Behandlung, Ernährung und Heilung der Lungenleiden an Projektions- Lichtbildern. — Gäste, Männer und Frauen, willkommen. — Eintritt 15 Pf. — Die natur-ärztlichen Sprechstunden sind täglich von 11-2 und 8-8, Sonntags von 11-1 Alexanderstraße 8.

Der Vorstand des Vereins für Körper- und Naturheilkunde.

Wir empfehlen unsere ausgezeichneten hellen und dunklen Lagerbiere in Tommengenbüden auch zum Versand nach außerhalb. **Brauerei Gambrinus** Actien-Gesellschaft, Charlottenburg-Berlin. Die Direction: **R u s s a k.**

Im Erscheinen begriffen ist: **Geschichte** der **Deutschen Sozialdemokratie** von **Franz Mehring.** Erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 20 Pf.

Proben u. Preislisten portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. III.

Damen-Zugstiefel 3,50, mit Lackkappe 4,25, mit Lackblatt 4,50.

Damen-Knopfstiefel 5 Mk., mit Lackblatt 5,25 Mk.

Drell-Turnschuhe braun, für Kinder 1,30, 1,60, Damen 2,-, Herren 2,30 Mk. mit Gummisohlen

Damen-Kravatten, schottische Schleifen aus reinseid. Taffet 85 Pf.

Nacken-Rüschen, Tall mit Seidenband, alle Farben 25 Pf.

Herren-Kravatten,

farbiger Batist,

Schleifen 15 Pf.

Selbstbinder 20 Pf.

Regattes 25 Pf.

[2280L]

Warenhaus A. W. Wertheim